

Denkt daran!
Wir erscheinen
im Zeichen der
Notverordnungen!

Erscheint täglich
Wochentl. 2 Pf.
Wochenlohn = 2 Pf.
monatlich 2,15 Pf.
abnehmbare u. g.
familiengünstige
Mehrzettel ober
Sauberektion u.
ab: in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuziger Straße 50. Fern-
sprecher 43902. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuziger Straße 50 (Vorber-
haus). Fernsprecher 43902. Erscheinung der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuziger
Straße 50. Fernsprecher 43902.

Im Zeichen des kommunistischen Wahlsieges

Neue Streits gegen Lohnabbau

Auch die Breslauer Metallarbeiter, die vom Lohnabbau bedroht sind, müssen ihren durch Urabstimmung befundeten Kampfeswillen zur Tat werden lassen

Die gesamte Belegschaft der Herrenkonfektionsabteilung der Firma Naas in Berlin, rund 500 Arbeiter, ist in den Streit gegen beabsichtigten Lohnabbau getreten.

In Kupitz i. Sa. traten 220 Steinarbeiter in den Streit. Die Direktion hatte Betriebsräte entlassen und mußte auf Grund der Kampfschlossenheit der Arbeiter diese Entlassungen rückgängig machen. Daraufhin riefen die Arbeiter weiter vor, stellten Lohnforderungen und haben zu ihrer Durchsetzung die Arbeit niedergelegt.

In Mägeln sind die Pflichtarbeiter in den Streit getreten, als man sie unter das Kommando eines Naziführers stellen wollte. Auch die bisher nationalsozialistischen Arbeiter streiten mit, und in der Streikleitung sitzen kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter.

Im Arbeitslager an der Oberen Länich sind die Arbeitsdienstler, die zum Teil dem Jungstahlhelm angehört haben, in den Streit getreten, weil ihre Verbezahlung von 50 Pfennigen auf 30 Pfennige täglich herabgesetzt werden sollte. Daraufhin hat das Arbeitsamt im Eisenwerk mit dem Stahlhelm mit der Technischen Nothilfe das Lager aufgefüllt.

Porzellanarbeiter in Kahla streiten

Die gegen 1000 Mann starke Belegschaft der Porzellanfabrik Kahla (Thür.) ist am 5. November in den Streit getreten. Der Kampf geht gegen einen Lohnabbau, der unter Berufung auf die Papen-Notverordnung vorgenommen werden soll.

Die sozialdemokratischen Führer des Fabrikarbeiterverbandes haben alle Anstrengungen gemacht, um den Kampf zu verhindern. In pekt vom Hauptvorstand war von Berlin nach Kahla gefahren. Es war ihm auch gelungen, die Belegschaft zu veranlassen, erst das Arbeitsverhältnis zu kündigen. Die Kündigungsfrist ist jetzt abgelaufen, die Geschäftsleitung beharrte brutal auf ihrer Lohnabbauforderung, die Belegschaft steht im Streit. Es gilt jetzt, volle Solidarität mit den Streikenden zu üben.

Der fünftägige heroisch geführte Streit der Berliner Verkehrsarbeiter unter Führung der KPD. hat die Kampfkraft der deutschen

Arbeiterklasse gestärkt. Der Kampfeswille ist gewachsen. Das beweisen die neuen obigen Streitmeldungen, wo wiederum die Belegschaften ohne Unterschied ihrer parteipolitischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit die Fahne des Streikampfes gegen Lohnabbau erhoben haben. Der kommunistische Wahlsieg im Feuer der Streikämpfe der letzten Wochen hat ebenfalls den Kampfeswillen weiter gestärkt. Wir müssen vor allem in den Betrieben diesen wachsenden Kampfeswillen ummünzen zur Auslösung von neuen betrieblichen Kämpfen, zu einer noch höher schlagenden Streikwelle. Das Vertrauen von sechs Millionen Wählern muß uns Kommunisten zur führender Anwendung der revolutionären Einheitsfrontpolitik von unten als Methode der Mobilisierung der Massen zum Kampf und zur Verstärkung der innergewerkschaftlichen Arbeit veranlassen.

Die Fortführung der Lohnabbauwelle soll jetzt nach den Wahlen bei den Breslauer Metallarbeitern beginnen. Die Vertreter der Gewerkschaften haben gegen den Willen der Mitglieder mit den Metallindustriellen einen Tarifabschluss getätigt, der eine Lohnverschlechterung vorsieht. Die Kollegen hatten bereits in einer vor kurzem stattgefundenen Urabstimmung in den Betrieben mit 82 Prozent jeden Pfennig Lohnabbau abgelehnt und für die Aufnahme des Kampfes gestimmt. Trotz dieses eindeutigen Kampfbekanntnisses versucht die DWA-Büro-

kratie unter Führung des DWA-Führers Ziegler die Auslösung des Kampfes zu verhindern. Durch die am Montagabend im „Schließwerder“ abgehaltene DWA-Versammlung sollte der in der Urabstimmung eindeutig zum Ausdruck gekommene Kampfeswille gefälscht werden; trotzdem wurde mit einer starken Mehrheit von 315 gegen 208 die Tarifverschlechterung abgelehnt. Die Kollegen in allen Breslauer Metallbetrieben müssen jetzt handeln! Jedes Abwarten wirkt sich nur schädigend gegen ihre Interessen aus und nützt der Bürokratie und dem Unternehmer. Die Kollegen müssen in sofort abzuhaltenden Betriebsversammlungen die Wahl von Lohnkommissionen vornehmen, die in ihrem Auftrage ultimativ vom Unternehmer die bindende Zusage auf Weiterzahlung des alten Lohnes fordern. Bei Ablehnung des Ultimatums muß die Belegschaft mit der Aufnahme des Kampfes antworten.

Die schlesische Parteiorganisation und die KPD. dürfen keinen Augenblick auf dem Wahlsieg ausruhen. Das letzte Mitglied der Partei und der KPD. muß sich der größten Verantwortung bewußt sein. Wir müssen täglich, ja stündlich in den Betrieben und auf den Stempelstellen den Massen unter Beweis stellen, daß wir Kommunisten die Organisatoren und Führer der außerparlamentarischen Kämpfe um Arbeit und Brot sind.

Lohnabbau und Maßregelungen durch Streit abgewehrt

Einen glänzenden Erfolg errangen unter Führung des Einheitsverbandes der Seeleute und Hafenarbeiter die Schiffsmaler der Firma Heinemann & Co., Bremen. Der Unternehmer hatte sich geweigert, für eine Arbeit, die unterbrochen werden mußte, die Wartezeit zu bezahlen, und einen Arbeiter, der auf seiner Forderung bestand, gemahregelt. Darauf trat die Belegschaft in den Streit. Als infolge der Solidarität der Erwerbslosen und der Schiffsmaler in den anderen Firmen keine Streikbrucharbeit geleistet wurde, gab der Unternehmer klein bei. Die Wartezeit wurde bezahlt, der gemahregelte Kollege wieder eingestellt. Darüber hinaus erklärte die Firma, sie würde für die durch den Streit verzögerte und am Sonntag zu erledigende

Arbeit 50 Prozent Zuschlag zahlen. Seit langem wurde dieser Zuschlag nicht mehr geleistet. Die Wiedereinführung dieses Zuschlages ist ein weiterer Erfolg des Streiks.

Bei Wilsdorf & Bach, Dresden, trat am 2. November eine Abteilung der Belegschaft in den Streit gegen die Maßregelung eines Arbeiters. Trotz der Erklärung der Geschäftsleitung, daß sich jeder als entlassen zu betrachten habe, der um 7.30 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen habe, verharrete die Belegschaft im Kampf. Um 9 Uhr wurde der Belegschaft mitgeteilt, daß die Entlassung zurückgenommen sei, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Vierter Tag im Schweidnitzer Sondergerichtsprozess

Neuer Naziüberfall auf Reichsbannermann

Mit fünf Köchern im Kopf vom Pläke getragen — Nach dem Mordversuch herrschte übermüßige Stimmung — Strafanträge auf Zuchthaus und Gefängnis — Gegen Heines nur 10 Monate Gefängnis beantragt — Am Abend neue Überfälle

Schweidnitz, 9. November. Vor dem Gerichtsgebäude ist das ähnliche Bild wie an den Vortagen. Die Nazifahren, die vorige Woche aus den Fenstern hingen, sind fast restlos verschwunden. Dagegen haben die Nazi aus ihrem Stützpunkt gegenüber des Gerichts eine Sammelaktion herausgeschickt.

Auf der Anklagebank herrscht eine deprimierte Stimmung. Fememörder Heines sitzt gedankenverloren da und popelt in der Nase. Das hat wirklich nichts mehr mit seiner „Heldenpose“ zu tun.

Die Vernehmung der Zeugen wurde gleich sehr interessant. Als erster Zeuge wird Hauptmann Müller aus Reichensdorf vernommen. Auf die Frage, ob es denn so üblich sei, daß SA-Leute bei ihm auf so lange Zeit unentgeltlich verpflegt werden und Aufnahme finden, sagt er: „Trotz meiner Kränklichkeit muß ich die Partei unterstützen.“ Hauptmann Müller bestreitet von der Republik eine sehr gute Offizierspension. Im übrigen will er keine Kenntnis gehabt haben, daß „Schmidt“ alias Polomski von der Polizei gesucht wurde.

Als nächste Zeugin sagt die Frau Müller, daß bei Polomski und den anderen nach dem Attentat eine sehr vergnügliche Stimmung geherrscht habe. Auch Frau Müller will von einer strafbaren Handlung nichts gewußt haben, sie will auch dem Amtsvorsteher keine falschen Angaben bezüglich des „Schmidt“ bei Ausstellung des Grenzaußweises gemacht haben.

Es stellt sich heraus, daß der Amtsvorsteher dem „Schmidt“ einen Grenzaußweis mit Gültigkeit für ein Jahr ausgestellt hat. Es ist noch nicht geklärt, wie das möglich war, da ohne Unterlagen der Amtsvorsteher dazu nicht berechtigt war. Zweifellos brauchte

Polomski den Ausweis, um bei Verfolgung über die Grenze gelangen zu können.

Heines und die beiden Rechtsanwälte geben sich alle Mühe, den Kriminalkommissar Jadenkroll meineidig zu machen, z. B. soll Jadenkroll gesagt haben:

„Für eine Erfrischungspilse aus dieser Dose sagt mir Polomski alles so, wie ich es haben will.“

Außerdem will Heines Strafantrag gegen Jadenkroll stellen, weil dieser die „Führer“ als Feiglinge bezeichnet haben soll. Die Führer schiden die jungen Leute ins Feuer, während dessen selbst sich in München und Berlin in Sicherheit bringen. (von Dbernik und Graf Spreiti) Jadenkroll wehrt sich entschieden gegen den Vorwurf, er hätte unter Eid falsch ausgesagt. Auf Antrag des Oberstaatsanwalts und des Nebenklägers wird beschlossen: Die Eheleute Müller werden wegen des Verdachtes der Begünstigung nicht verurteilt.

Luettgebrune stellt einen neuen Antrag, einen Zeugen dafür zu laden, daß Heines bei der Untergruppe Mittelschlesien nach dem 31. Juli aufgefordert hat, „die Ruhe zu bewahren und Nerven zu behalten“. Rechtsanwalt Wandmann stellt mit Recht fest, daß diese Erklärung ohne Wert ist, weil ja Heines den Befehl herausgegeben hat, daß sich jeder SA-Mann den „marxistischen Horbent“ entgegenzustellen hat. Es handelt sich hierbei um den berüchtigten Mordbefehl, den wir bereits im ersten Prozeßbericht behandelt haben. Der Antrag wird durch Gerichtsbeschluss abgelehnt.

Ein Teil der Aussagen des Kriminalkommissars Jadenkroll wurden protokolliert, da die Verteidigung gegen Jadenkroll ein Meineidsverfahren einzuleiten will. Dabei kommt heraus, daß Graf Spreiti mit der

Kriminalpolizei eine Wette um 3 Flaschen Wosel abgeschlossen hat, in dem Sinne, daß, wenn das Verfahren für die Polizei günstig verläuft, Graf Spreiti die 3 Flaschen Wosel bezahlen muß. Graf Spreiti sprach der Polizei dann noch ein Lob aus, daß er sich bei der preussischen Kriminalpolizei sehr wohlfühle.

Damit sind alle Zeugen vernommen und die Verhandlung wird auf 16 Uhr vertagt. Im Gegenzug zu den anderen Tagen hat die Polizei umfangreiche Absperungen vorgenommen. Trotzdem versucht Heines wieder sein übliches Theater. Der Prozeßbeginn hat sich eine vielhundertköpfige Menschenmenge eingefunden. Als Heines kommt, wird die sonst übliche Morderdemonstration von der Polizei im Keime erstickt. Die Nazis wollen sich rächen und überfallen erneut Arbeiter.

Die SA-Banden reihen bei der Wohnung des Reichsbannermannes Wache, Langstraße, dessen „Eisener-Front“-Fahne herunter und überfallen den Reichsbannermann. Er wird von der blutdürstigen Horde schwer verletzt. Mit fünf Köchern im Kopf wird er vom Pläke getragen.

Der Genosse Bloka, der dem Reichsbannermann zu Hilfe eilt, wird von der Polizei festgenommen.

Insgesamt wurden 25 Nazis festgenommen, davon 4 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Gegen 8 Nazis wurde Haftbefehl erlassen. Heines ist wegen Aufruhr und Beleidigung von der Polizei angezeigt worden. Der Termin wird am Mittwoch fortgesetzt und ist am Mittwoch in den späten Abendstunden, evtl. auch erst am Donnerstag, mit der Urteilsverkündung zu rechnen.

Um 12.30 Uhr nahm der Oberstaatsanwalt das Wort zu seiner Anklagerede. (Strafanträge auf den 2. Tag)

Die Strafanträge

Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen Wagner sechs Jahre Zuchthaus wegen verübten Mordes in Tateinheit mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und fünf Jahre Ehrverlust; außerdem wegen unbesorgten Waffenbesitzes die Mindeststrafe. Er bat, die Strafe zusammenzusetzen auf sechs Jahre und einen Monat Zuchthaus.

Gegen Wolter beantragte er ebenfalls wegen verübten Mordes in Tateinheit mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz sechs Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Gegen Kollmann als den Jüngsten und denjenigen, der zunächst ein Geständnis abgelegt hatte, fünf Jahre und sechs Monate Zuchthaus sowie fünf Jahre Ehrverlust.

Gegen die vier angeklagten SA-Führer beantragte der Staatsanwalt folgende Strafen: Wegen Verhinderung gegen Gruppenführer Stein es 10 Monate, gegen Stabschef Dahn 9 Monate, gegen den Stabsführer Kauscher und den Sturmabteilungsleiter Staats je sechs Monate Gefängnis; bei den letzteren unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft.

Während der Stellung der Strafanträge kam es zu schweren Zusammenstößen vor dem Gerichtsgebäude. Ein Fenster wurde zertrümmert, ein Polizeibeamter durch Steinwurf und durch die Glasplitter schwer verletzt. Von Waldenburg kam in den späten Nachmittagsstunden noch Polizeiverstärkung. In den Abendstunden zogen Trupps von ungefähr 30 Nationalsozialisten mit Hundepfeiffen bewaffnet durch die Straßen. Zwei Radfahrer wurden mit Hundepfeiffen von ihren Rädern gedrückt und vollkommen zertreten.

Im Zeichen der Wirtschaftsanfurbelung

6000 mehr Erwerbslose

Berlin, 9. November. (Eig. Drahtber.) Die Reichsanhalt veröffentlicht die neuen Erwerbslosenzahlen; danach beträgt die Zahl der Arbeitslosen Ende Oktober 5 109 000 gegenüber 5 103 000 Ende September, sie ist also um 6000 gestiegen. Die bürgerliche Presse stützt an dieses verhältnismäßig geringe Ansteigen der Erwerbslosenziffer die übliche Klammernmacherlei. Abgesehen von der Unzuverlässigkeit der bürgerlichen statistischen Zahlungen sind in den vom statistischen Reichsamt mitgeteilten Zahlen diejenigen Erwerbslosen nicht berücksichtigt, die keine Erwerbslosenunterstützung mehr erhalten, daher nicht melden gehen und auch nicht registriert werden. Die Zahl dieser nichtregistrierten Erwerbslosen beträgt 1 1/2 bis 2 Millionen. Laut Angaben der Reichsanhalt befinden sich unter den 5 109 000 rund 2 111 000 Weibchen-Erwerbslose, damit die Zahl der Weibchen-Erwerbslosen Ende Oktober gegenüber Ende September um etwa 91 000 gestiegen.

Erneutes Koalitionsangebot Papens an Hitler

Reichsanwalt Papen hielt am 8. November vor den Vertretern der ausständigen Presse eine Rede, in der er u. a. ausführte:

„Ich glaube, die Hoffnung liegen zu dürfen, daß es nunmehr zu einer wirklichen nationalen Konzentration kommt; möge die öffentliche Meinung, die das deutsche Volk heute in den großen Fragen der auswärtigen Politik durch alle Parteien hindurch bildet, jetzt auch der Forderung der Gesamtpolitik die notwendige breite Grundlage schaffen! Parteienirritationen spielen hierbei — ich habe es schon immer betont — keine Rolle. Die sachlichen Ziele der Regierung, die Sie kennen, werden unverändert verfolgt werden.“

Das ist ein erneutes Koalitionsangebot an die Zentrumsführer und an Hitler, der ja Papen in den Sattel gehoben hat.

Zum Aufschluß des Herdes sagte Papen:

„Der hauptsächlichste Punkt geht aus dem voraus, daß alle wesentlichen Reichsbehörden gleichartige Ziele erhalten. Das erste Ziel ist dem deutschen Standpunkt aus durchaus notwendig. Wir haben zur Zeit eine Diktatorstellung, die uns durch Diktatoranordnungen wurde, und führen diese darüber, daß unsere Ziele

Hitlerpartei und Sozialdemokratie bieten sich gegen den Bolschewismus an

Fast mit den gleichen Worten!

Was erblickt am Tage nach der Wahl die NSDAP? Ihr Hitler setzt eine Scheinoppositionelle Waise „gegen Papen“ auf und — bietet dem Kapital keine Dienste zur Bekämpfung des Bolschewismus an.

Und was tut am Tage nach der Wahl die SPD? Genau dasselbe! — Unter scheinoppositioneller Maske „gegen Papen“ bietet sie sich ebenfalls dem Kapital an.

Vergleicht selbst, Arbeiter:

Hitlers Aufruf im „Völkischen Beobachter“ vom 8. Nov.: „Nur dieser Eugenberg-Papenschen Reaktion ist es zuzuschreiben, wenn nunmehr in den Deutschen Reichstag zum ersten Male 100 Bolschewisten einziehen.“

Im nationalsozialistischen „Völkischen Beobachter“ wie in der SPD-Presse vorgeworfen, er sei schuld, daß die Kommunisten gemacht sind Papen, und beide erklären der Bourgeoisie, sie würden (für Ministerstühle) den Bolschewismus besser bekämpfen.

So unterstützen Hitlerpartei und Sozialdemokratie das Kapital, den Faschismus. Jede beider Parteien in ihrer Art und beide gegen die proletarische Einheitsfront und den Bolschewismus!

Die Arbeiter aber wissen, daß der Trampf des Bolschewismus, außerparlamentarisch noch mehr als im Parlament, zugleich der Trampf der Arbeiterklasse ist. Deshalb: verstärkte proletarische Einheitsfrontaktion mit den Kommunisten!

SPD., „Volkswacht“ Essen vom 7. November:

„Die Gewinne . . . bei den Kommunisten . . . fast 700 000 Stimmen . . . Der Bolschewismus ist also dank Papen im deutschen Reichsparlament Trumpf.“

Unsere vor der Wahl aufgestellte Behauptung, daß eine Reihe SA-Führer auf dem Wege zur Hindenburg-SPD. sind, wird somit bestätigt. Die „V.B.“ hatte seinerzeit behauptet, daß unsere Meldung eine Wahllüge sei und daß die SPD. innerlich fest und geschlossen dastehet. Auch in der Breslauer SA-Organisation haben sich die Zerlegungsercheinungen in den letzten Tagen sehr verschärft.

Die proletarischen Anhänger der SA. müssen in der am Donnerstag tag stattfindenden Mitgliederversammlung Schluß machen mit G. Stein und Ziegler, müssen geschlossen ihren Uebertritt zur siegreichen kommunistischen Partei erklären. Wir reichen ihnen die Bruderhand zum gemeinsamen Kampf gegen alle Verräter an der Arbeiterklasse, SA-Genossen! Die Wels-Agenten mögen zur Hindenburg-SPD. zurückkehren, ihr aber kommt zur Partei Lenins, zur Partei, die am 6. November das Vertrauen von sechs Millionen Proletariern errungen hat.

Auch Karl Franz geht zur SPD.

Die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ von gestern teilt mit, daß Karl Franz, das bisherige Mitglied des Parteivorstandes, die Aufnahme in die SPD. beantragt habe.

Unsere vor der Wahl aufgestellte Behauptung, daß eine Reihe SA-Führer auf dem Wege zur Hindenburg-SPD. sind, wird somit bestätigt. Die „V.B.“ hatte seinerzeit behauptet, daß unsere Meldung eine Wahllüge sei und daß die SPD. innerlich fest und geschlossen dastehet. Auch in der Breslauer SA-Organisation haben sich die Zerlegungsercheinungen in den letzten Tagen sehr verschärft. Die proletarischen Anhänger der SA. müssen in der am Donnerstag tag stattfindenden Mitgliederversammlung Schluß machen mit G. Stein und Ziegler, müssen geschlossen ihren Uebertritt zur siegreichen kommunistischen Partei erklären. Wir reichen ihnen die Bruderhand zum gemeinsamen Kampf gegen alle Verräter an der Arbeiterklasse, SA-Genossen! Die Wels-Agenten mögen zur Hindenburg-SPD. zurückkehren, ihr aber kommt zur Partei Lenins, zur Partei, die am 6. November das Vertrauen von sechs Millionen Proletariern errungen hat.

Warnung

Der ehemalige Genosse Steinert, der für die SA. im Bezirk Schlesien tätig war, hat seinen Austritt aus allen Organisationen erklärt und ist seitdem aus Breslau verschwunden. Wir warnen alle Ortsgruppen der Partei und revolutionären Massenorganisationen vor Steinert und bitten, ihm bei seinem Austausch alle Mitgliedsbücher und Ausweise der Partei und der Massenorganisationen abzunehmen. B.L. Schlesien der SPD.

Am 12. und 13. November 1932

Landeskonzferenz der IAH. Schlesien

Beginn am 12. November, 20 Uhr, im Hotel „Stadt Freiburg“, Siebenhujener-Strasse. Die Landeskonzferenz soll helfen die Solidaritätsaktion vorwärtszutreiben. Sorge dafür, daß auch deine Ortsgruppe ihren Vertreter entsendet.

daten nicht mit denen anderer Länder gleichwertig sind, weil sie nicht die gleiche Bewaffnung wie diese führen dürfen. Die französische Regierung geht anscheinend davon aus, daß erst gleichartige Wehrverfassung und gleichartige Bewaffnung die Heere der verschiedenen Länder wirklich vergleichbar macht. Diesen Standpunkt erachte ich als einen großen Fortschritt.“

Das heißt, daß das Aufrüstungsprogramm weiter verfolgt wird. In einer Situation, wo die Arbeitslosen hungern, wo die Löhne abgebaut werden, sollen neue Hunderte von Millionen für militärische Zwecke ausgegeben werden, und die Arbeiter kennen den Sinn der Aufrüstungspläne.

Gegen dieses Programm, das mit Hilfe der Hitler, Raas und Wels verwirklicht werden soll, führt die kommunistische Partei an der Spitze des werktätigen Volkes den Kampf.

Teilergebnisse der Präsidentschaftswahl in Amerika

New York, 9. November. (Eig. Drahtber.) Die Beteiligung an der Präsidentschaftswahl in Amerika ist sehr stark. Bisher liegen erst Teilergebnisse vor:

In Colorado wurden abgegeben für Hoover 2795, für Roosevelt 3211 Stimmen.

In Kansas für Hoover 11 988, für Roosevelt 6125 Stimmen.

In Massachusetts für Hoover 11 731, für Roosevelt 18 776.

In Missouri für Hoover 1530, für Roosevelt 1773.

In Texas für Hoover 2326, für Roosevelt 16 586.

In Rhode (Island) bekam Hoover 135 und Roosevelt 74.

Die bisher aus 13 Staaten vorliegenden Resultate ergaben, daß Roosevelt in 11 und Hoover in 2 dominiert.

Die kommunistische Partei hat jetzt in weit größerem Maßstabe als bisher ihre Wahlkündgebungen durchgeführt und nutzt sie zur außerparlamentarischen Mobilisierung aus. Die Versammlung der kommunistischen Partei, die am Tage vor der Wahl in New York stattfand, war von großen Massen besetzt. 22 000 Arbeiter füllten den Saal und etwa 15 000 bis 20 000, die keinen Einlaß fanden, stauten sich auf den Straßen. Nach den bisherigen Kundgebungen ist die Zahl der Stimmen für den kommunistischen Kandidaten, Genossen Williams C. Foster in New York gegenüber der letzten Präsidentschaftswahl gestiegen.

Das große Beispiel des Berliner Verkehrsstreiks

Macht Schluß mit den streikbrecherischen SPD.-Führern! — Schließt fester die Reihen der Einheitsfrontaktion!

Nach überaus heroischen Kämpfen hat in die Berliner Verkehrsarbeiter unter dem Zwang der verurteilten Streikbedingungen der SPD-Führer ein Verbot wieder aufgenommen. Infolge der Streikbedingungen der SPD-Führer haben die Verkehrsarbeiter den Lohnabbau nicht abbrechen können.

Doch sie fühlen sich nicht als Geschlagene, mit dem Willen, zu neuen Kämpfen zu rufen, gingen sie in den Verkehr zurück.

Sie wissen, daß sie eine gewaltige Macht sind, wenn sie geschlossen zusammenstehen. Sie haben die bewundernswürdige Solidarität der Berliner Verkehrsarbeiter erfahren, und sie wissen, daß die Direktion ihnen nicht mehr mit demselben Hebe wie bisher Lohnabbau auf Lohnabbau, Verschleppung auf Verschleppung bieten kann. Neben dem sofortigen neuen Lohnabbau sollte die Direktion nach dem Planmäßigen vorgehen. Unter dem Druck des Streiks wurde der bisherige Lohnabbau um einige Monate verlängert. Während des Verkehrsarbeiterstreiks sollte auch ein Lohnabbau in der Gas- und Wasser- und Elektrizitätswirtschaft durchgeföhrt werden. Angeleitet vom Beispiel der Verkehrsarbeiter sollte die Regiergung zum Streik. Der Lohnabbau wurde zurückgenommen. Das sind einige der positiven Auswirkungen des Verkehrsarbeiterstreiks, die zeigen, unter welchem Druck das Kapital stand. Das Wichtigste ist, daß, trotzdem die SPD-Führer durch ihre Streikbrecheraktion die unumkehrbare Abwärtsbewegung des Lohnes verhindern wollten, das Arbeitsverhältnis der Arbeiterklasse gewaltig gehoben wurde, als sie sich, wie über 20 000 Verkehrsarbeiter unter Führung einer oppositionellen Streikleitung gegen den Kapitalisten-Überhand der SPD-Führer den Willen zum gemeinsamen Kampf in die Tat umsetzten.

Dieses hat hundert Einiges aller feindlichen Kräfte, nach erhaltener Verbindlichkeitsklärung lag der beiträglich Verkehrsarbeiter Streikhaare vollkommen still, erst am fünften Streiktag erschienen die streikbrecherischen SPD-Führer, die alle möglichen Elemente zum Streikbruch anwarben, größere Erfolge. Aber vier unergiebige Streiktage haben gezeigt, daß alle Klassenfeindlichen Kräfte ohnmächtig sind, wenn die Arbeiter zusammenstehen, und daß nichts die Arbeiter zum Arbeiten zwingen kann, wenn sie nicht wollen.

Eine nicht minder wichtige Lehre für die gesamte Arbeiterklasse ist die, daß die SPD-Führer so offen ihr Streikbrechergeheiß zeigen, daß jeder Arbeiter klar sehen kann, was von ihnen zu halten ist. Dieser Kampf hat dem letzten Arbeiter in ganz Deutschland gezeigt, daß man den SPD. und ADGB-Führern keinen Funken Vertrauen schenken kann.

Wie haben die SPD. und ADGB-Führer in ihrer Presse und in den Gewerkschaftsversammlungen beteuert, daß sie gegen jeden weiteren Lohnabbau kämpfen wollten, daß das Papen-Programm ablehnen, daß es mit den Verschlechterungen Schluß sein müsse. Alles das war nichts als Heuchelei, was nur vorgebracht, um neues Vertrauen der Arbeiter zu erlangen und dieses Vertrauen auszu-

neue schändlich zu mißbrauchen. Als in Berlin 20 000 überaus verstandene Verkehrsarbeiter zum Streik drängten, setzten die SPD-Führer alles, auch die infamsten Mittel, ein, um erst den Kampf zu verhindern und, als das nicht gelang, ihn zu erschöpfen.

Der neue Lohnabbau von 2 Pfennig pro Stunde als Etappe zu unendlich neuen Abszissen wurde von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern verhindert. Diese wagten dann, den Kampfwillen der Arbeiter zu verhöhnen. Der Führer des Gesamtverbandes, Schumann, erklärte in der Versammlung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre am 3. November, daß man eine Urabstimmung vornehmen werde. „Es müßte den sogenannten revolutionären Unorganisierten Gelegenheit geboten werden, zu ihren großmütigen Reaktionen zu stehen.“ („Vorwärts“ vom 29. Oktober.) Als dann die Urabstimmung bei 90prozentiger Abstimmungsbeilegung eine über Dreiviertel-Mehrheit für den Streik ergab, schrieb der „Vorwärts“ vom 3. November:

„Die Gewerkschaften können und dürfen diesen impulsiven Reaktionen, denen Unorganisierte leicht zugänglich sind, nicht nachgeben.“

Und mit frechem Hohn schloß der „Vorwärts“ seinen Artikel mit den Worten:

„Im übrigen wird es sich auch hier wieder erweisen, daß einen „stabilen“ Stimmzettel abgegeben — und danach zu handeln, zwei sehr verschiedene Dinge sind.“

Als diese infamen Zeilen im Druck erschienen, fuhr auf dem weiten Gebiet von Berlin keine Straßenbahn, keine Untergrundbahn, kein Omnibus mehr. Die Verkehrsarbeiter hatten ihren Kampfwillen, ihren Willen zur Einheitsfront bewiesen.

Vom ersten Streiktag an forderten die SPD-Führer zum Streikbruch auf, vom ersten Tag an suchten sie, Streikbrecherkolonnen zusammenzustellen. Am 1. November schrieb beispielsweise der „Vorwärts“:

„Seit gestern abend 10 Uhr sind die Gewerkschaften wieder Tarnpartner. Sie fordern ihre Mitglieder auf, sich zur Arbeitsaufnahme zu melden und die Arbeit wieder aufzunehmen.“

Durch ihre infame Hehe gegen die Streikenden gaben die SPD-Führer der Staatsgewalt das Stichwort zum rüchichtslofesten Einmarsch ihrer Machtmittel. Am 3. November schrieb der „Vorwärts“ folgende schändlichen Sätze:

„Seit Freitagvormittag üben die Kommunisten und Nationalsozialisten einen wohlorganisierten Terror auf die Verkehrsarbeiter aus, dem die Polizei sich gestern nicht gewachsen zeigte.“

In ganz Deutschland müssen diese Sätze jedem Arbeiter zur Kenntnis gebracht werden. Vom ersten Streiktag an wurden riesige Polizeiträfte eingesetzt, Streikposten weggetrieben, täglich Hunderte von Arbeitern verhaftet, vier Todesopfer und zahlreiche Verwundete sind zu

verzeichnen. Die kommunistischen Zeitungen, die „Rote Fahne“, das „Volkswacht“, die „Volkswacht“ und die Arbeiterzeitung „Welt am Abend“ wurden verboten. Aber das Zentralorgan der SPD-Führer schreit nach schärferem Vorgehen der Polizei, es schreibt „Putsch statt Streik“, es verleumdet die Streikenden und behauptet, sie verfolgten reaktionäre Zwecke. Die erfreuliche Tatsache, daß neben vielen bisherigen SPD-Arbeitern auch viele bisherige Naziarbeiter in der Front der Kämpfenden standen, wurde von den SPD-Führern als Verrat zu einer wüsten und verlogenen Hehe genommen. Durch ihren organisierten Streikbruch haben die SPD-Führer im Verein mit den kapitalistischen Direktion der Verkehrsarbeiter den neuen Lohnabbau aufgezwungen. Auch die Naziarbeiter sabotierten den Streik nach Kräften, doch, da die SPD-Führer die schmuggelte Arbeit für das Kapital leisteten, brauchten sich die Naziarbeiter nicht in demselben Maße zu entlarven. Doch ihre Sabotage ist von den meisten W.G.-Arbeitsern und auch von den Werktätigen Berlins erkannt worden. SPD. und Naziarbeiter haben am 6. November von den Berliner Arbeitern eine erste Diktung erhalten.

Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands muß wissen, daß sie angesichts der herannahenden verschärften Vorstöße des Unternehmertums die SPD. und ADGB-Führern nicht im geringsten vertrauen kann, sondern daß sie unter Führung der W.G., unter selbstgewählten oppositionellen Kampfleitungen in jedem Betrieb kämpfen müssen.

So wie die sozialdemokratischen Führer des Gesamtverbandes in Berlin, so werden die SPD. und ADGB-Führer im ganzen Reich den Arbeitern in den Rücken fallen. Denn die SPD. und ADGB-Führer wollen doch dem Papen-Programm „eine Chance“ geben, sie wollen doch Herze des kapitalistischen Systems sein, und darum helfen sie bewußt mit, die Löhne und sozialen Unterstützungen noch mehr abzubauen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, die elementarsten Freiheiten der Arbeiterklasse zu vernichten. Kein anderes kapitalistisches Blatt hat so schamlos nach verschärftem polizeilichem Vorgehen gegen die streikenden Verkehrsarbeiter gerufen wie der „Vorwärts“.

Im Berliner Verkehrsstreik standen tausende bisheriger SPD-Arbeiter geschlossen bis zum Ende in der Streikfront, zehntausende bisheriger SPD-Arbeiter stimmten am 6. November für die kommunistische Partei. In der SPD. ist eine stärkere Rebellion als je ausgebrochen. Überall in ganz Deutschland reichen wir den SPD-Arbeitern, die in der Einheitsfront mitkämpfen wollen, die Bruderhand.

Unternehmertum und Reaktion holen zu verschärften Schlägen aus. Schließt fester die Reihen der kämpfenden Einheitsfront! Mobilisiert in jedem Betrieb! Duldet keinen Pfennig Lohnabbau, keinen neuen sozialen Abbau mehr! Stellt eure Forderungen an die Kapitalisten und kämpft unter selbstgewählter Führung für ihre Durchsetzung. Kühner als je vorwärts in der Einheitsfront-Aktion!

Werftarbeiter von Sebastopol schreibt an schlesische Proletariat

Sowjetrußland feiert das große Fest der 15. Wiederkehr der siegreichen Oktoberrevolution — Unter dem Banner der Komintern wollen wir die letzten Zitadellen des Kapitalismus stürmen — Höher die Fahne des Klassenkampfes und der Einheitsfront!

Ciperanto-Korrespondenz.
Sebastopol, 25. Oktober 1932.

Genossen, Klassenbrüder!
Gelegentlich der 15. Wiederkehr der Oktober-Revolution findet hier ein großes Fest der proletarischen Revolution statt. Wir bitten Euch: nehmt unseren klammenden Brudergruß, von uns Werttätigen der Stadt Sebastopol, entgegen.
Genossen! Wir haben das Glück, in der Welt die ersten zu sein, die die Erbauer der klasslosen, kommunistischen Gesellschaft sind. Durch Feuer und Sturm des Bürgerkrieges, durch Hunger, Zerstörung, durch Sabotage und Schädigungs-Aktionen, durch unbarmerherzigen Klassenkampf, führte uns, als erfahrene, furchtlose Führerin, die kommunistische Partei, hinan den Weg des Sieges zum Sozialismus; die kommunistische Partei, die getreu zur Arbeiterklasse steht, als die einzige Partei in der Welt! Unter ihrer Führung festigten wir riesige Schwierigkeiten.

geführt von der Partei Lenins

welche von Millionen unterstützt wird.
Wir haben den Rückstand der Technik überwunden, indem wir in kurz begrenzten Zeitspannen Giganten der Weltindustrie erbauten. Nichtqualifizierte, vom Lande kommende Bauern, beeinflusst vom gemeinsamen Enthusiasmus, zeigten, in welchen riesigen Bauten wie Dneprogess (Hydro-Elektrische-Station des Dniepr), Magnitogorsk u. a., Weltrekorde in ihrer Arbeits-Erfüllung. Wir haben unser Land in ein Land der größten Agrar-Kultur umgeformt. Wir haben hunderttausende von Traktoren und Automobilen eigener Produktion auf unsere Felder geschickt.
Wir haben das Problem „wer wird wen besiegen“, endlich und entschlossen für den Sozialismus gelöst; wie in der Stadt, so auch auf dem Lande.

Wir liquidierten die Arbeitslosigkeit

und das Analfabetentum, wir hoben die am meisten kulturell zurückgebliebenen National-Völker, zur Kultur und zum sozialistischen Aufschwung empor. Wir machten und machen die Kultur-Revolution, wie die ganze Welt sie nie vorher erlebt hat. Seit 1928 ist die Zahl unserer oberen Schulen um das Fünffache gewachsen. Damals, als bei euch die Professoren, Ingenieure und Lehrer entlassen wurden, wo sie keinen Ort finden konnten, wo sie ihr Wissen anwenden konnten, ist Euch das noch in Erinnerung? Bei uns kann man dieses Jahr mit 216.000 Spezialisten rechnen, im Jahre 1929 waren es nur 57.000 2 1/2 Millionen Studenten, von denen 80 Prozent Arbeiter sind, lernen in unseren oberen Schulen und Technitums.
Wie elend sind und scheinen uns, Genossen, die Völkerei und Schikanen unserer Feinde, betreffs unserer Schwierigkeiten, die Schwierigkeiten unseres Wachstums. Wir führen einen Mangel an Waren. Ja, Genossen, wir merken einen großen Mangel, z. B. an Papier, weil einige 10 Millionen Menschen, die vorher weder lesen noch schreiben konnten, nun Papier in großen Mengen benötigen.

den in den fernsten kleinsten Ecken unserer riesigen Sowjetunion erscheinen nun Zeitungen und Bücher, in nationalen Sprachen. Alte und Junge lesen jetzt und brauchen das Buch, hunderte von Arbeitern, die aufgegeben wurden, von der proletarischen Literatur, lesen nicht nur selbst, sondern sie legen ihre Schätze in den Schatzkammern der proletarischen Kunst.
Wir merken einen Mangel an Schuhen, trotzdem, daß man heute mehr produziert, als vor der Revolution.
Die Schuhe genügen nicht für uns, weil Millionen Bauern, welche vorher nur Bastische brauchten, Schuhe als Waren fordern.

Senjo Galoschen (Leberschuhe) und Anzüge, der einzelne Bauer konnte kein anderes Licht, wie den Kienpahn, und jetzt, fordern die Kolchosen (Kollektiv-Wirtschaften) die Elektrizität, das Radio und Literatur. Soll man das fürchten? Nein!
Man muß das fürchten, was sich bei Euch ereignet, wenn die Bourgeoisie, nur an die Interessen der eigenen Tasche denkend, den Weizen und Kaffee verbrennt, Milch ins Meer schüttet, wo andererseits die Wäden überflutet mit Waren sind, und wo Arbeiter, ihre Frauen und Kinder verhungern.
Unsere Schwierigkeiten, welche unter großen Wachstums bedingungen uns nicht in Furcht. Wir haben viel überwunden. Unter der Führung der Partei Lenins, und deren Führer, Genossen Stalin, werden wir alles besiegen. Der Sowjet-Arbeiter hat bis jetzt

in 15-jährigen heldenhaftem Kampf

die Interessen der Revolution nicht verraten, hat nicht verraten die kommunistische Idee, für eine „Einienuppe“ des Alltags! Wir können alle Schwierigkeiten besiegen, weil in unserem Lande die Wirtschaft in unseren Händen ist. Genossen, mit Stolz blicken wir auf unseren zurückgelegten Weg, wir wissen, daß das Proletariat aller Länder, und mit Freude unser Land, die Zitadelle der proletarischen Weltrevolution, betrachten. Zudem wir euch, am Tage unseres gemeinsamen Festes, unseren Gruß überlegend, rufen wir euch Genossen zu:
Höher die Fahne des Klassenkampfes und der Einheitsfront! Unter dem Banner der Komintern, wollen wir die letzten Zitadellen des Kapitalismus stürmen!

Abender: Werftarbeiter in Sebastopol, (Arim) S. A. Unterschrift und 8 Stempel: Bezirksleitung des russischen Ciperanto-Bundes, Redaktion der Zeitung „Majakkomuni“, Betriebsrat der städtischen Arbeiter, Rote Hilfe, Bauarbeiter-Gewerkschaft; Komgomal-Gruppe, Sport-Komitee, Angestellten-Gewerkschaft.

Die Reichstagswahlen im Waldenburger Hungerland

2041 Verluste für die SPD., 1468 Gewinne für die KPD.
Waldenburg. Die Tage vor der Wahl zeigten im allgemeinen ein trügerisches Bild, als bei der Reichstagswahl am 31. Juli dieses Jahres. Die braunen Heiden schlichen diesmal, nichts Gutes ahnend, durch die

Straßen. Forderte man mal einen SA-Mann zur Diskussion heraus, so erklärte derselbe, trotzdem er selbst nicht daran glaube, daß seine Partei 15 Millionen Stimmen erhalten werde. Nach dem nicht uninteressanten Stimmenrückgang bei der NSDAP. ist eine Klärung bei deren Mitgliedern zu beobachten. Die vor den Wahllokalen postierten SA-Leute hatten strengen Befehl, sich nicht in Diskussionen einzulassen. Die Führer fürchten eben, daß die revolutionären Elemente der SA. bolschewistisch versucht werden. Schon mancher von ihnen hat das Soldatenkleid mit all dem Drill satt bis oben hin. Nur wenige lassen sich noch aufputzen, mit Messer und Schlagring über ihre Leidensgenossen herzufallen. Wehe den Führern Kgs., wenn die Proletarier im braunen Hemd erwachen und ablehnen, noch fernerhin Soldatenehre der Besitzenden zu sein.

In letzter Stunde warf die Sozialdemokratische Partei noch ein Flugblatt hinaus, das Gift und Galle gegen die Kommunisten spie. In letzter Stunde versuchten die getreuen Lafaien des Kapitals durch eine wüste Dege gegen die Partei, die die Arbeiterschaft zum Kampf gegen Papens Notverordnungen, gegen den Kapitalismus aufrief, zu retten, was eben noch zu retten war. In demagogischer Weise stellten sie Forderungen auf, die sie selbst nicht ernst nehmen und heute schon wieder vergessen sind. Diese Panzer- und Konfessionssozialisten verbedeten ihren Verrat mit Schmutzschlägen gegen die KPD. Es hat nichts geholfen. 728.308 Stimmen verloren die SPD. im Reich, 2041 im Waldenburger Hungerland. Das war eine fühlbare Quittung. Unaufhaltbar geht es abwärts. Unaufhaltbar wächst die Partei des Klassenbewußten Proletariats, die KPD. an. 695.815 Stimmen gewann die Partei des unerbittlichen Klassenkampfes im Reich, 1468 im Hungerland. Immer mehr erkennen Arbeiter, Kleinbauern, kleine Beamte und Kleingewerbetreibende, daß nur die KPD. die einzige Partei ist, die die Ausgebeuteten zum letzten, entscheidenden Kampfe gegen das Ausbeutertum führen wird.

Deshalb, Genossen! Für uns Kommunisten gibt es kein an-

ruhen. Weiter in unermüdlicher, zäher Kleinarbeit im Betriebe, auf der Stempelstelle und im Wohngebiet aufklären und aufrütteln. Große Aufgaben haben wir noch zu erfüllen. Nicht auf die Bärenhaut legen und über den Sieg nachdenken. Offenbar weiter gefasmpft, im Sinne der Einheitsfrontaktion, für einen Arbeiter- und Bauernhaat.

Gesamt-Ergebnis der Arbeitskammerwahlen im Bergbau

Liste 1: Reformisten, Christen und Kirche 6857 Stimmen.
Liste 2: Einheitsverband der Bergarbeiter 3059 Stimmen.
Liste 3: NSD. der Nazi 1450 Stimmen.
Zusammen wurden von den über 16.000 noch beschäftigten Bergarbeitern, nur 11.425 Stimmen abgegeben. Mandate entfallen auf die Liste 1 4, auf die Liste 2 zwei und auf die Liste 3 1. Wir haben schon letzte Woche zu dem Ergebnis ausführlich Stellung genommen. Auch das jetzt vorliegende Gesamtergebnis ändert an dieser Einschätzung nichts.

Lest die „Internationale!“

„Die Vorbereitung der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Massen im Prozeß des wirtschaftlichen und politischen Kampfes, auf die bevorstehenden Kämpfe um die Macht, um die Diktatur des Proletariats.“
Aus den Beschlüssen des XII. C. S. A. -Plenums, die in der neuesten Nummer der „Internationale“ veröffentlicht werden.
Jeder Genosse und Funktionär muß sie lesen!
Deshalb fordert sie sofort von eurem Klubmann!

Straßenbahner von Görlitz setzt euch zur Wehr!

Durch Entlassungen und Lohnraub soll die Rentabilität, das heißt der Profit für die Straßenbahngesellschaft erhalten bleiben — Straßenbahner, nehmt euch ein Beispiel an dem Streik der Berliner Verkehrsarbeiter

Görlitz. Auf Grund einer großen Anzahl von Beschwerden der Einwohner, sprach vor kurzem Dr. Nebel von der Straßenbahnverwaltung, Hauptort Görlitz, im engsten Rahmen der Fraktions- und Pressevertreter. Nach seinen Ausführungen über die Notwendigkeit der Verlegung der Fahrzeiten und einiger Haltestellen, konnte man von ihm eine Reihe Angaben hören, die eine Bestätigung für die ungeheure Verelendung der Bevölkerung von Görlitz darstellen.
Gegenüber dem Durchschnitt vom Jahr 1925 bis zum letzten Jahr, ist die Zahl der Fahrteilnehmer in diesem Jahr um reichlich 1/3 Millionen zurückgegangen.

Das bedeutet, daß ein hoher Prozentsatz der Arbeiter und Werttätigen auf Grund der Notlage gezwungen ist, ihre Wege zu Fuß zu gehen. Da die Direktion niemals bei den hohen Gehältern der Direktoren, die nach den eigenen Angaben Dr. Nebels, 600 Mark betragen, und bei den Dividenden der Aktionäre einspart, wird immer wieder versucht, durch den Abbau der Löhne und durch Entlassungen den Betrieb rentabel zu halten.
Die Gesellschaft plant einen Durchbruch beim Sechsstädteplatz, um dadurch die Fahrzeit zu verkürzen. Um die Kosten nicht selbst tragen zu müssen, soll dieser Umbau von der Stadt übernommen werden.
Ein besonderes Kapitel ist bei der Straßenbahngesellschaft der jetzt vorhandene Betriebsrat. Allen Entlassungen stimmt er ohne

weiteres zu. Plant die Direktion den Abbau von Arbeitern, so weiß sie nie, wen sie entlassen soll und kommt deshalb zu dem Betriebsrat, der dann immer die Betreffenden angibt. Die Straßenbahnarbeiter müssen dagegen Stellung nehmen.
Jede Entlassung bedeutet eine Mehrbelastung der noch in Arbeit stehenden, eine Vergrößerung der Erwerbslosenarmee und damit eine weitere Senkung des Lohnniveaus der Arbeiterschaft.

Die Arbeiter müssen in Betriebsversammlungen zu allen Vorkommen im Betrieb, zu jedem Lohnabbau, zu allen Entlassungen sofort Stellung nehmen und in jeder Abstellung Kampfausschüsse wählen. Kollegen, Straßenbahner, kämpft mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen Lohnraub und Entlassungen, für ausreichende Löhne. Nehmt euch ein Beispiel an dem Streik der Berliner Verkehrsarbeiter!
Bei den Reichstagswahlen konnte die KPD. in Görlitz 1200 Stimmen gewinnen. Das sind 1200 neue Kämpfer für eine Arbeiter- und Bauernrepublik. Diese, sowie jene bisherigen Wähler, von der SPD. und den Nazis, die diesmal nicht wählen gingen, gilt es für die Einheitsaktion der Arbeiter und Werttätigen gegen Lohnraub, Entlassungen und neue Steuerlasten zu aktivieren. In diesem Sinne vorwärts zu neuen Kämpfen, unter revolutionärer Führung.

Bürgersteuer in Görlitz auf 600 Prozent erhöht

Hindenburgpende statt Winterhilfe für die Opfer der Arbeit und des Krieges

Görlitz. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde zu einigen wichtigen, besonders die werktätige Bevölkerung interessierenden Fragen Stellung genommen. Unter anderem wurde die Bewilligung eines Vertrages für die Hindenburgpende gefordert. Die kommunistische Fraktion stellte den Antrag,
die in Frage kommende Summe von 1000 Mark, an die in Görlitz vorhandenen Kriegsverletzten als Winterhilfe auszubezahlen.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD. abgelehnt! Für das Rechnungsjahr 1930 sollte Entlassung erteilt werden, dies lehnte unsere Fraktion ebenfalls ab, da sie ja auch nicht für den betreffenden Haushaltsplan gestimmt hatte. In einem besonderen Punkt wurde die Frage der Erhöhung der Bürgersteuer für 1933 von 300 auf 600 Prozent behandelt. Die Parteien machten hier, außer der SPD., die von Aufstieg an einen ernsthafte Kampf gegen die Bürgersteuer führte, Stimmung für die Wahlen. Aus dem vielen Gerede der SPD.-Vertreter konnte man entnehmen, daß diese für die Bürgersteuer sind, indem nach ihrer Auffassung, „dagegen nichts zu tun“ ist, die Redner der SPD. waren nur darüber empört, daß der Bürgermeister die Erhöhung der Bürgersteuer, ohne die Stadtverordneten davon in Kenntnis zu setzen, angeordnet habe. Hier muß festgestellt werden, daß überall da, wo SPD.-Gemeindevorsteher sind, diese nach dem gleichen Rezept verfahren sind. Ein kommunistischer Stadtverordneter entlarvte die scheinradikalen Reden der Vertreter der bürgerlichen Parteien und SPD. und forderte die Werttätigen zu Massenaktionen gegen die neuen Steuerlasten auf. Es wurde weiter zu den Zuständen innerhalb der Straßenbahngesellschaft Stellung genommen, über die wir an anderer Stelle berichten. Der Oberbürgermeister mußte zu der Unterthlagung des Nazistadtinspektors Frömelst mitteilen, daß nicht nur 4000, sondern 20.000 Mark seit 1929 unterschlagen wurden. Wir haben in Görlitz also eine solche Miswirtschaft, daß die ganzen Jahre die Gelder, die von den Werttätigen als Steuern aufgebracht werden, unterschlagen werden können, ohne daß dagegen eingegriffen wird.

Kleinrentner und seine Kinder in Elend und Not

Schloßdorf. Dem Kleinrentner Paul Bayer wurde am 27. Juli die Rente von 47,30 Mark auf 37 Mark gekürzt. Ueber diesen Fall, der eine besonders brutale Kürzung darstellt, haben wir schon berichtet. Eine an den Bezirksausschuß in Liegnitz eingereichte Beschwerde wurde zurückgewiesen. Die Begründung zeigt, wie die Behörden des Staates den Rentnern zumuten, ohne sich zur Wehr zu setzen im Elend zugrunde zu gehen. In der Begründung wird angeführt: zu dem Haushalt des Paul Bayer gehören neben der Ehefrau noch drei Kinder im Alter von 17, 16 und 9 Jahren, von denen die Tochter etwa 7 bis 8 Mark verdient und der Sohn als Maurerlehrling ein Kostgeld von 6 Mark erhält. Bayer selbst über das Schmeibefandwerk aus. Dies brachte dem Kleinrentner nachweisbar in sieben Monaten 10 Mark ein. Der Bezirksausschuß in Liegnitz stellte trotzdem fest, daß das Einkommen den für die Familie geltenden Richtsatz übersteige, der notwendige Lebensunterhalt sichergestellt und damit der Unterstützungsabbau zu Recht durchgeführt wurde. Bei dem angeführten Richtsatz sind allerdings für die Kinder 5 Mark und 2 Mark Milchzulage monatlich gerechnet. Das ist der Richtsatz für Kinder unter 14 Jahren. Nach Meinung des Bezirksausschusses sollen auch die Siebzehnjährigen und Sechzehnjährigen mit diesem Satz auskommen. So gibt man die werttätige Jugend und deren Eltern dem Hunger und der Verelendung preis. Die werktätige Jugend muß daher die Jugendheimlichkeit zum Kampf gegen diese Verelendung herstellen. Im Kapitalismus hat die Jugend keine Zukunft, nur im Sowjetstaat gibt es für die Jugend Glück und eine große Zukunft.

Die Werttätigen von Görlitz müssen sich zur gemeinsamen Aktion zusammenschließen, um so die große Not und das ungeheure Elend, das mit Hilfe der bürgerlichen und SPD.

Berichtigung
In unserem Bericht vom Sondergerichtspräsidenten in Görlitz vom 3. November muß es richtig heißen: Der Genosse Kumbt wurde zu 6 Monaten Gefängnis und der Genosse Biela zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Schlesien

Liegnitz

Central-Lichtspiele
Besuchen Sie bitte unsere
erstklassigen Filmvorstellungen

Kristall-Palast
Sie sehen bei uns
immer neueste Filmwerke

S. Harlam
Herren- u. Knaben-
Konfektion
Ring 46
9493

Willi Brown
Ring 9
9367
Das Geschäft für gute
billige Waren

Kurt Touchert
12 Kohlmarkt 12
empfiehlt seine
ff. Fleisch-
und Wurstwaren
9372

**Trinkt das gute
Braukommune-Bier**
Braukommune zu Liegnitz
9368

**Festsäle
„Wintergarten“**
Jed. Sonntag großer Ball
9369

**Verlangt die guten
Plastenbiere**
der Liegnitzer
Aktienbrauerei AG.
9367

Rich. Walther, Gerichtsstr. 2
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9370

**Matratzen
Scholz & Kosig**
9742 Sedanstraße 2

P. Kwintkowitz, Burgstraße 50
Schuhreparatur
Größter elektrischer Betrieb
9366

**Für Schuhwaren aller Art
Sprotte** G. m. b. H.
9371 Frauenstraße 15

„Reger Obenan“
das selbstwaschende
Seifenpulver
ist besser u. billiger!
9368

Karl Clufe, Hofmarkt 7
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9 552

Deutsches Kaufhaus
Mittelstraße 39 u. Frauenstraße 38
9551

Beuthen Bezirk Liegnitz
Fleischerei und Wurstfabrik
Richard Klent
93705

**Kauft nur Stoffe und Fattersachen
Herren- und Knabenbekleidung**
3075 bei J. Cohn, Ring 28-24

Walter Dienst
Lebensmittel
30006

n. Fleisch- und Wurstwaren
Karl Hahn, Breslauer Str. 39
9373 Telefon 4617

Fritz Lode, Markt 9
vormals C. F. Frietsche Nachfolger
Kolonialwaren
30007

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Union-Einheitspreis
GmbH., Sagan**
9722
Anschlußfirma der Wohlwert-
Einkaufsgesellschaft, Leipzig
Spitzenleistungen in bester Quali-
tätsware → 5 / 10 / 15 /
25 / 35 / 50 / 75 / 1.-Mk.

Paul Jacob, Markt 31
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
9712

Fritz Skupin, Ring 32
Herren- u. Knabenbekleidung
9720

Brauerei „Tivoli“
Karamel- u. Einfachbier
Kohlenhandlung
9723

Max Dölle, Sorauer
Zigaretten, Zigaretten, Tabak
9718

Schuhhaus WENGER
Markt 20
9713

O. Blaurock
K. Marciniak
Fleisch- und
Wurstwaren
9714

**Immer gut
und billig!**

R. Winkler
Fleisch- und
Wurstwaren
Fischendorfer Str. 2
9719

**Kaufhaus
Brandt & Wegner**
9721

**Nizza-
Drogerie**
9719

Franz Hoffmann, Schützenstr. 1
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9681

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

**Der Arbeiter trinkt nach Feierabend
das gute
Berthold-Bier**
9903 Reserviert W 21
9906

Alfred Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

**Paul Pfaule, Brennmaterialien
Dom, Mehnerstraße — Tel. 691**
9698

Hurt Schönbert, Brieferstraße 21
Fleisch- und Wurstwaren
9531

**Leber, Sohlen, Gummilabsätze
Schuhputzmittel**
9909
Robert Streiffing, Cangestraße 43

**Rohhäute und Felle
kaufen zu höchsten Tagespreisen**
Caspar Hirschstein & Söhne
Dunkle Burgstraße 16
9532

Dresel & Co., Markt 25
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
9601

Drogen — Farben — Photo
Ed. Bettner
Am Markt
9692

Gebrüder Martze
Inhaber: Willi Zeln, Lange Straße 39
Weinbrennerei u. Likörfabrik
Destillations- Ausschank — Oegr. 1846

Leder-Sachs
9923 Lichtebugstraße 21

Max Hoffmann, Brieferstraße 9
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9924

W. Sächter, Lindestraße 28
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9825

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr. 23
9511

Gustav Hornig
Großdestillation, Drahtzieherstr. 1, 2
9510

Ernst Wolf
Erste Hirschberger Radiohilfe
Exner & Knobloch, Schützenstr. 8
Radio-Spezialhaus
9419

„Hadeva“
angeschlossen der Wohlwert
Unser Prinzip: Nur Höchstleistung,
zu niedrigsten Preisen
9629

Ulrich Wäzel
Fleisch- u. Wurstwaren
Bahnhofstraße 79
Zweiggeschäft:
Bahnhofstraße 43 e
9533

Georg Bick Nachf.
Das gute Einkaufshaus für Alle
9716

**Butter-
Handlung
Hünella**
9698

Paul Sander
Gardinen, Lederwaren
Metallbetten / Linoleum
9640

Ernst Wolf
Rohschlächtereier, Mühigrabenstr

Die Parteibeschlüsse in die Tat umsetzen

Ernst Thälmanns Rede auf der Reichsparteikonferenz: „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur.“

Die Partei ist seit dem Februar-Plenum des Zentralkomitees ein Stück vorwärts gekommen. Der Wahlsieg am Sonntag bestätigt dies auch. Aber sie hätte größere Leistungen vollbringen können, wenn sie die Beschlüsse des Plenums besser in die Tat umgesetzt hätte. Die Situation hat sich inzwischen weiter zuspitzt. Die Verantwortung der Partei ist gewachsen. Vor uns stehen gewaltige Aufgaben. Wir müssen besser arbeiten als nach dem Februar-Plenum. Die Beschlüsse des 12. Plenums der Exekutive und die Verhandlungen und Beschlüsse der Reichsparteikonferenz müssen ernster, schärfer, klarer durchgeführt werden. Wir müssen uns gewaltig anstrengen, unsere Aufgaben wirklich zu erfüllen. Noch nie war die Partei so geschlossen wie jetzt. Wenn wir geschlossen mit eisernem Willen herangehen, werden wir die Erwartungen, die die Arbeiter und Werktätigen in steigendem Maße auf uns setzen, nicht enttäuschen. Bringen wir die Beschlüsse und Verhandlungen an die Massen heran! Das ist eine unerlässliche Vorbedingung für die Bewältigung unserer großen Aufgaben.

Nach dem Februar-Plenum des Zentralkomitees unserer Partei erschien die große Rede des Genossen Thälmann als Broschüre „Der revolutionäre Ausweg und die SPD.“ Die Broschüre sollte in Massen umgesetzt werden. Die Genossen glaubten vielfach, die Rede des Genossen Thälmann sei eine Angelegenheit für Parteifunktionäre. Sie beten die Broschüre nur in der Partei, höchstens noch in den Massenorganisationen an. Das ist grundsätzlich falsch. Die Beschlüsse und Verhandlungen unseres Zentralkomitees gehen alle Arbeiter und Werktätigen an. Je tiefer wir damit in die Massen dringen, je nachdrücklicher wir die Massen mit den Verhandlungen und Beschlüssen vertraut zu machen versuchen, um so eindringlicher müssen wir uns selbst mit ihnen beschäftigen, um so eingehender müssen wir uns mit den Argumenten und Maßnahmen des Genossen, mit den Hemmnissen und Widerständen, die unsere Politik vielfach bei den Massen findet, auseinandersetzen.

Es ist für die politische Entwicklung der nächsten Zeit von großer Bedeutung, inwieweit wir die Beschlüsse des 12. Plenums der Exekutive der Komintern und die Verhandlungen und Beschlüsse unserer Parteikonferenz breiten Massen der Arbeiter in den Betrieben, in den Gewerkschaftsorganisationen, an den Stempelstellen, den Massen der Angestellten, der Kleingewerbetreibenden und der werktätigen Bauern, den Millionen Jungarbeitern und arbeitenden Frauen nahebringen insstande sind.

Die Führertätigkeit unserer Partei können wir um so mehr durchführen, nicht indem wir die Massen unter unser „Kommando“ bringen, sondern indem wir sie zur Mitarbeit an unserer Politik heranziehen. Sie sollen die Initiative unserer Politik in der Praxis erproben helfen, sie sollen an der Weiterführung, an der Erhöhung unserer Kampfmaßnahmen auf höhere Stufe tatkräftig beteiligt sein, aber das bedingt, daß wir die Verhandlungen und Beschlüsse unserer führenden Körperschaften den Massen nicht „verheimlichen“!

Auf dem Plenum der Exekutive sind die Erfahrungen aller Sektionen der Komintern verarbeitet worden. Das ist eine gewaltige Leistung, die den Arbeitern und Werktätigen aller Länder unmittelbar zugänglich gemacht werden muß. Manchmal meinen unsere Genossen, das sei für ungeschulte Arbeiter schwer. Stimmt das wirklich? Ich glaube, da werden die Arbeiter und Werktätigen unterrichtet. Und sind wir nicht verpflichtet, die Arbeiter und Werktätigen Schulen zu helfen? Selbstverständlich kommt viel darauf an, wie man an die arbeitenden Massen herangeht, lassen wir gemeinsam die Methoden dieser Massenarbeit ausfindig machen. Die Verhandlungen und Beschlüsse unserer führenden Körperschaften dürfen den Massen nicht verheimlicht werden. Also hier hinein mit den Verhandlungen und Beschlüssen in die Massen. Genosse Thälmann betonte auf der Reichsparteikonferenz:

„Die Beschlüsse des 12. Plenums werden für die höhere Entwicklung der Volksempfänger der Partei einen weiteren Meilenstein bedeuten, wenn unsere Partei versteht, von der Führung bis zur kleinsten Zelle die Durchführung der Beschlüsse zu garantieren.“

Die wichtigste Einführung in die Verhandlungen und Beschlüsse des 12. Plenums ist die Rede des Genossen Thälmann auf der Reichsparteikonferenz. Aber die Rede ist zugleich mehr: sie bedeutet die erste meißerhafte Konkretisierung der Beschlüsse für die proletarische Bewegung in Deutschland. Es ist nicht möglich, im Rahmen dieser Besprechung auf die ungeheure Fülle von politischen Lehren, von organisatorischen und propagandistischen Ratschlägen einzugehen. Die Rede des Genossen Thälmann in der gedrängten Fassung der wichtigsten Probleme und der Aufgaben unserer Partei ist eine unübertreffliche Einführung in die Politik der Komintern und unserer Partei, sie ist zugleich ein Lehrbuch für die Bewältigung der schwierigen Probleme in der Zuspitzung des Klassenkampfes am Ende der relativen kapitalistischen Stabilisierung, für die Durchführung der Streikämpfe und des gesteigerten Kampfes gegen die Papen-Regierung und ihr Programm.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Ausführungen des Genossen Thälmann über die Strategie und Taktik der kommunistischen Partei. Es geht dabei um die Verschärfung unserer Kampfstellung gegen die Politik der Sozialdemokratie, um die Vertiefung unseres Kampfes um

die Gewinnung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die Partei braucht äußerste Grundfestsigkeit und größte Wandrierfähigkeit, um die Betrugsmanöver der SPD-Führer zu entlarven und zu durchkreuzen, um die Arbeiter in Anknüpfung an die kleinsten Tagesakte in die Teilkämpfe hineinzuführen — als Vorstufen für die schärferen Klassenauseinandersetzungen. So wie in den Reihen der Anhänger der Sozialdemokratie die Vorbedingungen für unseren tiefen Einbruch im Wachstums sind, so stehen wir vor der Aufgabe, die ideologische Offensive gegen den Hitler-Faschismus mit größter Wucht zu verschärfen. Die Hitlerbewegung ist in die Verteidigungsstellung gedrängt, jetzt heißt es nachstoßen.

In dieser Verbindung ist die Stärkung unseres Kampfes gegen die Kriegsgefahr, des Kampfes gegen Versailles, des Kampfes für die soziale und nationale Befreiung, die Herausarbeitung des proletarischen Auswegs aus der Krise von entscheidender Bedeutung. Genosse Thälmann gibt eine ausführliche Begründung für die verstärkte Offensive des Kampfes gegen Versailles, die er durch die großen Kundgebungen in Essen und Paris dann eingeleitet hat. Es darf nicht bei diesen Kundgebungen und Proklamationen bleiben, wir müssen die Offensive vorantreiben, um die Papen-Politik und jeden kapitalistischen „Ausweg“-Versuch zu durchkreuzen und dem revolutionären Freiheitskampf einen gewaltigen leidenschaftlichen Impuls zu geben.

Für diesen Kampf ist die Verjüngung der Parteiführer, die Auffüllung mit neuen, jungen Kräften ein wichtiges Problem, zugleich das Problem der Unterstützung der Arbeit des Jugendverbandes. Genosse Thälmann wird sich persönlich dieser Arbeit annehmen, um in Verbindung mit der Verbesserung der Arbeit der Partei auf allen Gebieten den entscheidenden Vorstoß durchzuführen. Arbeitsdienst, „Jugendberühmung“, Verschärfung der Kriegsgefahr — die Förderung der Arbeit des kommunistischen Jugendverbandes ist eine dringende Parteilinie. Die Neumann-Gruppe hat die Jugend auf ihre Art „unterstützt“ — das führte zur Isolierung des Jugendverbandes. Das

Steuer wird herumgerissen. Die ganze Partei wird dem Jugendverband helfen.

Eine Fülle von Problemen wird vom Genossen Thälmann behandelt. Wir müssen ungefährdet heran, um uns alle die Erfahrungen, die Genosse Thälmann als Führer der Partei zusammengetragen und ausgewertet hat, zusammen mit den Lehren zu eigen zu machen. Es wäre ein Verbrechen am Proletariat, wenn wir nicht alle Kräfte anspannen, um ungefährdet unsere tägliche Arbeit in der Richtung der Beschlüsse des 12. Plenums, der ersten Ratschläge des Genossen Thälmann und der Beschlüsse unserer Reichsparteikonferenz auszurichten und zu verbessern.

Die Partei hat ihre feste Verbundenheit mit dem Zentralkomitee und dem Genossen Ernst Thälmann als Führer der Partei begeistert zum Ausdruck gebracht. Wir sind jedoch keine Partei wie die Parteien der bürgerlichen Gesellschaft, unsere Politik ist von Grund auf anders. Bei den bürgerlichen Parteien wie bei der SPD. sollen die Massen auf ihre Führung blind vertrauen, sollen die Führung gewähren lassen. Unsere Politik muß durch die Massen verwirklicht werden. Weichen wir das Vertrauen zur Komintern, zu unseren Beschlüssen, zu unserer Parteiführung, zum Genossen Thälmann, indem wir verlocken, die ganze weltgeschichtliche Bedeutung der Beschlüsse und Verhandlungen vollständig zu erfassen, in unsere tägliche Arbeit zu übernehmen und mit aller Kühnheit und revolutionären Sicherheit so unter die Massen zu bringen, daß wir die Durchführung der Beschlüsse garantieren können.

Genosse Thälmann sagt: Die Beschlüsse des 12. Plenums sind ein Meilenstein in der Volksempfänger, ein Meilenstein in der Entwicklung des proletarischen Befreiungskampfes in Deutschland und international. Wir müssen die Beschlüsse in die Tat umsetzen. Das ist eine große Arbeit, eine schwere, verantwortungsvolle Arbeit! Aber die Erfolge werden für die weitere Entwicklung von ungeheurer Tragweite sein!

„Hitler schwer geschlagen!“

Über von wem und wodurch?



Der „Vorwärts“ vom Montagmorgen verkündet: „Hitler schwer geschlagen!“ Ja, aber nicht von der SPD., sondern von der kommunistischen Partei! Die SPD. hat selbst über 700.000 Stimmen verloren — eine erste Quittung für ihre vorübergehende Streikbruchstaktik und Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie. Daß der neue Versuch der Hitler-Partei, in die Arbeitermassen vorzudringen, zurückgeschlagen wurde, ist das große Verdienst der Kommunisten! Heute können alle Arbeiter klar erkennen:

Wer Hitler schlagen will, muß mit der SPD. kämpfen!

Wodurch wurde Hitler geschlagen? Nicht durch den Stimmzettel, nicht durch die parlamentarische Politik der SPD., sondern durch den außerparlamentarischen Kampf der Kommunisten, insbesondere durch die rote Einheitsfront. Das Wahlergebnis bestätigt, was die SPD. den Arbeitermassen sagte:

Durch die rote Einheitsfront im Kampfe gegen Lohnabbau und Unterstufungsabbau und gegen die faschistische Unterdrückungspolitik wird der Faschismus geschlagen!

Für die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen ist das Wahlergebnis eine große Lehre. Ihr wollt doch auch, Kollegen und Kolleginnen, daß Hitler und mit ihm der ganze Faschismus in Deutschland endgültig geschlagen wird? Dann aber müßt ihr der kommunistischen Partei helfen in diesem Kampfe und euch einreihen in die rote Einheitsfront!

Die Einheitsfrontaktion schlägt Hitler! Her zur roten Einheitsfront!

SPD.-Lügen haben kurze Beine

Die sozialdemokratische Presse veröffentlichte unter dem Titel „Ein Schurkenreich — Kommunisten denunzieren“ einen „eigenen Bericht“ aus Mainz. In diesem „eigenen Bericht“ erzählt man, daß ein Bulgare namens Paul Kuroff unangemeldet als politischer Flüchtling in Mainz lebte und angeblich durch die Frankfurter „Arbeiter-Zeitung“ „denunziert“ wurde, weil er als Anhänger Trozkis die SPD. bekämpfte hat. In dem Bericht wird wörtlich gesagt:

„16 Monate Gefängnis wegen „Aufreizung“ gegen die bulgarische Staatssicherheit mußte Kuroff nach dem kommunistischen Aufstand vom September 1923 verbüßen, weil er dem kommunistischen Zentralkomitee angehörte. Trozkdem schloß die kommunistische Partei Kuroff aus, weil er im Sinne Trozkis diesen geheiligten

Rußisch im Zentralkomitee als „abenteuerrisch“ bezeichnet hatte. Wegen angeblicher Teilnahme an dem Dynamitattentat in der Kathedrale in Sofia wurde Kuroff im Sommer 1925 angeklagt. Er entfloht, und seit 1925 lebte er unter dem Namen des arbeitslosen Verhältnisses zuerst in Österreich, dann in Frankreich und schließlich in Deutschland.“

Als einer der Führer des Septemberaufstandes 1923 in Bulgarien und Mitglied des Zentralkomitees der bulgarischen kommunistischen Partei kann ich ganz kategorisch feststellen, daß ein Paul Kuroff — oder jemand mit einem ähnlichen Namen — weder während des Septemberaufstandes noch nachher Mitglied des ZK. der bulgarischen kommunistischen Partei gewesen ist. Schon deswegen konnte er nicht im ZK. gegen den „geheiligten“ Kuroff auftreten. Unter den zahlreichen bulgarischen politischen Emigranten ist ein solches Parteimitglied, das als Anhänger Trozkis nach dem Aufstand aus der Partei ausgeschlossen wurde und wegen des Mitglieds in der Sofioter Kathedrale 1925 verurteilt wurde und inselbessert ins Ausland flüchtete und in Österreich, Frankreich und Deutschland gelebt hat, gar nicht bekannt.

Es ist klar, daß es sich hier um einen verdächtigen Typus, einen Provokateur oder Abenteurer handelt, der seinen richtigen Platz in dem interrevolutionären Rißeu Trozkis gefunden hat, dessen lächerlichen Erzählungen die SPD.-Presse begreiflicherweise in ihrer Verleumdungskampagne gegen die vorwärtsmaršierende kommunistische Partei Deutschlands, die immer mehr auch die Sympathien der kampfgewilligen sozialdemokratischen Arbeiter erobert, verwendet. G. Dimitrow.

Much der „Rote Stern“ verboten

Der Berliner Polizeipräsident hat mit sofortiger Wirkung bis zum 30. Januar 1933. den „Roten Stern“ verboten.

Erhebt Protest gegen die fortgesetzten Presseverbote, gegen die Beschlagnahme der Trudermaschinen, gegen die verstärkte Verfolgung der kommunistischen Redakteure. Der Sieg der SPD. vom Sonntag muß organisatorisch durch die Gewinnung neuer Tausende von Abonnenten für unsere Presse ausgewertet werden. Die Werbearbeit muß in den Betrieben organisiert geführt werden.

Unternehmerangriff und die Antwort der Arbeiter

Die neue „AZ.“ bringt im größten Teil ihrer Auflage ausführliche Bilderberichte aus dem Streik der BWG-Arbeiter in Berlin. (Da die Photos nach Redaktionsschluss eingingen, sind sie nur in einem Teil der Auflage enthalten.) Die Arbeiter in Deutschland und weit darüber hinaus wissen, daß es sich bei dem Kampf der BWG-Arbeiter um die Sache aller Arbeiter handelt. Der Streik ist ein Janus, das weit über die Grenzen Berlins verstanden wird.

Die Verordnung der Rot nimmt kein Ende. Die Kommissionen mittelloser Mieter häufen sich. Aber hier zeigt sich die Hilfsbereitschaft der Werktätigen untereinander. Kommissionen werden verhängt, die Wohnungsbeschaffung wird durch Selbsthilfe geregelt.

Der Hungermarsch in England ist ein Ausbruch dafür, daß die Methoden der Unterdrückung in allen Ländern die gleichen sind, daß aber auch das Proletariat sich in allen Ländern dagegen zur Wehr setzt und zum Gegenangriff übergeht. Zwei gut gelungene Photoserien vom englischen Hungermarsch in der neuen „AZ.“ geben hierüber ein anschauliches Bild.

Sensationelle Bilderberichte aus den chinesischen Somajelgebieten werden zum ersten Male in der neuen „AZ.“ veröffentlicht. Man weiß in Deutschland zu wenig vom Kampf der chinesischen Arbeiter und Bauern, die schon auf einem großen Territorium des chinesischen Riesenreiches das rote Banner aufgefplant haben.

Eine wichtige Reportage John Pearfields, Bilder von den mächtigen Wahlkundgebungen für die Liste 3, Berichte aus dem Lande des sozialistischen Aufbaus und selbstverständlich die Fortsetzung der Enthüllungen Scheringers ergänzen die wirkungsvolle Nummer.

Das Titelbild zeigt den SA-Mann Artur Kuret, der aus dem Sturm 7 in Breslau ausstieg und in die SPD. eintrat.

Statt Winterhilfe, Gummifnüttel und Verhaftungen

(Erwerbslosenkorrespondenz)

Breslau. Am Montag, während das Stadtparlament tagte, sollte die von den Erwerbslosen im Schieferwerber gewählte Delegation bei dem Magistrat vorstellig werden. Hunderte von Erwerbslosen laudeten sich auf dem Ring ein. Selbst die Kinder der Erwerbslosen demonstrierten ihr Elend und ihren Hunger. Andauernde Hungerstreike erlösten. Die Republik war in Gefahr, das Leben des „Obers“ war gefährdet. Jetzt wurde zu dem Allheilmittel gegriffen. Polizei wurde eingesetzt. Straßenbahnhaltestellen wurden aufgehoben. Verhaftungen vorgenommen.

Während am Vormittag die Polizeibeamten den Kindern sich als „guter Onkel“ präsentierten und ihnen ein Teller Suppe geben, müssen dann dieselben Beamten am Abend die Väter und Mütter dieser Kinder mit Gummifnütteln zusammenhauen.

Als der Hungerstreik der Erwerbslosen erlöste, ließ es der Meßwoll sich angelegen sein, die hungernden Erwerbslosen auszulassen. Die Verhafteten wurden nach dem Polizeipräsidium, Abteilung IA gebracht. Der bekannte Kluske von der IA erlaubte sich verhaftete Arbeiterfrauen, deren „Verbrechen“ darin bestand, daß sie erklärten, sie haben Hunger und daraufhin verhaftet worden waren, sie zu verhöhnern. Erst gegen 23 Uhr wurden die Verhafteten wieder entlassen.

Das ist die Winterhilfe, von der man ipaltenlange Berichte in den bürgerlichen Presseblöcken bringt.

Am Dienstag wurde die Delegation erneut bei dem Oberbürgermeister vorstellig. Jedoch unser „Ober“, dem angeblich das Wohl und Wehe der Erwerbslosen so sehr am Herzen liegt, hatte für die Delegation keine Zeit und vernies sie an den Zentrumsstadtrat Daumann. Auch dieser fromme Zentrumsmann Daumann weigerte sich die Delegation zu empfangen.

Erwerbslose, Kluskengeoffen! Diese alarmierenden Verhaftungen unserer Delegierten, sie beweisen auf das deutlichste, was es mit der Winterhilfe der kapitalistischen Republik aus sich hat.

An euch Erwerbslosen liegt es, durch Massenmobilisierung die Durchführung unserer Forderungen zu erzwingen. Nur durch die Herstellung einer breiten Einheitsfront, nur durch Auslösung von Aktionen kann die Winterhilfe erzwungen und zur Auszahlung gebracht werden. Burgfrieden ist diktiert worden, aber der Burgfrieden beseitigt nicht unseren Hunger, nicht unser Elend. Unser Hunger, unser Elend kann nur im Kampfe gegen das kapitalistische System beseitigt werden. Der Wahlausgang, der Sieg der Kommunisten zeigt, daß Millionen bereit sind, den Kampf gegen das kapitalistische System aufzunehmen. Erwerbslose, wir reihen uns mit in diese Front ein.

RUND UM DEN ERDBALL

Turkmenistan — die frühere zaristische Kolonie

Nationale Befreiung und sozialer Aufschwung unter dem Sowjetregime

Die wirtschaftspolitische und kulturelle Entfaltung Turkmenistans ist besonders beachtenswert unter dem Gesichtspunkt der Aufgaben, die Genosse Stalin den Republiken des Sowjetostens stellte. Die erste Forderung Stalins, die Bildung eigener Industriezentren als Grundlage für die Heranbildung einer starken Arbeiterschaft ist in Turkmenistan erfolgreich durchgeführt. Seit der Bildung der Sowjetrepublik Turkmenistan sind zahlreiche neue Unternehmen entstanden. Diese Industrien stützen sich vor allem auf die örtlichen Rohstoffe, so die Textilindustrie mit den Seidenpinnereien in Ashgabad und Tschardhuh, die Baumwollreinigungsbetriebe, die Großmolkereien, die Sulphatbergwerke in Karabugas, die Petroleumgewinnung usw.

Die bedeutende Entfaltung der Industrie, deren Produktion sich von 15 Millionen Rubel im Jahre 1928 auf 64 Millionen Rubel im Jahre 1931 steigerte, brachte ein starkes Anwachsen des Proletariats mit sich, das von 16 500 im Jahre 1925 auf 35 300 im Jahre 1931 anstieg, wobei das nationale Element 30 Prozent erreichte.

Die zweite Forderung Stalins: Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft durch Ausbau des Bewässerungswesens kann gleichfalls als erfolgreich durchgeführt bezeichnet werden. Die Anbaufläche stieg insgesamt auf 473 000 Hektar und allein die Anbaufläche für Baumwolle von 50 000 Hektar im Jahre 1914 auf 178 000 Hektar im Jahre 1932. 71 Prozent der armen und mittelbäuerlichen Wirtschaften wurden kollektiviert, und diese Wirtschaften bestellten bereits 327 000 Hektar. In den Baumwollgebieten arbeiten 24 Maschinen- und Traktorenstationen mit 955 Traktoren. Die Hineinziehung der Eingeborenen in die Sowjets und überhaupt in die Verwaltung des Landes hat so weite Fortschritte gemacht, daß der gesamte Verwaltungsapparat auf türkmenische Arbeiteruniversitäten wurden organisiert, in denen die türkmenische Literatur auf das höchste in den Massen verankert. Der Prozentsatz der des Schreibens und Lesens

kundigen Turkmenen liegt auf 40,5 Prozent, über 2000 Studenten, darunter 59 Prozent Turkmenen, lernen. Es erscheinen in türkmenischer Sprache vier Tageszeitungen und fünf Zeitschriften. Das erste türkmenische Nationaltheater ist organisiert worden.

Während des ersten Fünfjahresplans, der Turkmenistan zu einem Vorposten des Sozialismus im Sowjetosten machte, konnten türkmenische Sprache überführt wurde und die nationale türkmenische Kultur sich breit entfaltet.

Zur zaristischen Zeit ist kein einziges Buch und keine einzige

Ein vierte! Duzend vom „Dritten Reich“

Hitler befiehlt, dankt und schwört

Nur nicht zu früh triumphieren, ihr Bolschewiken, ihr Feinde des „Dritten Reichs“! Glaubt ihr denn wirklich, Hitler kann nicht mehr? Wer das glaubt, der muß angefaßt der Tatsache sofort vom Gegenteil überzeugt werden. Im Verlauf einiger weniger Stunden, vom frühen Morgen bis mittags, dem 7. November, hat Hitler eine Rekordleistung vollbracht.

Freilich, einen Rekord am 6. November wäre ihm lieber gewesen. Aber die Zeiten der Rekorde an Stimmenfang sind vorüber, endgültig vorüber. Nun ja, wie heißt doch das Sprichwort: Man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Und Hitler hat solange geschrien: Deutschland erwache! — bis die Massen endlich zu erwachen anfangen, und die ersten zwei Millionen haben Hitler den Rücken gekehrt.

Die Nazis versuchen sich damit zu trösten, daß es sich hier

Zeitung in türkmenischer Sprache erschienen. Heute hingegen ist außerordentliche Erfolge erzielt werden. Der zweite Fünfjahresplan soll die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit vollkommen liquidieren.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Entwicklung der Gruppe von Chemiebetrieben in Karabugas zugewandt, wo durch gesteigerte Sulphatproduktion die Haupttriebsschleife der ganzen Sowjetunion für die Glasfabrikation und bestimmte Zweige der Kunstbinderzeugung entstehen sollen. Die Werkstätten Turkmenistans haben den Fünfjahresplan der Sulphatgewinnung durch die vorzeitige Förderung von 100 000 Tonnen Sulphat bereits überholt. Die Arbeiter des Chemietrusts steigerten die Arbeitsintensität gegenüber dem Vorjahr auf 240 Prozent. Aus diesem Anlaß wurden zahlreiche Arbeiter, Techniker und Ingenieure des Trusts mit dem Arbeitsorden der Roten Fahne ausgezeichnet, während viele andere Mitarbeiter sonstige Auszeichnungen erhielten.

nur um Mittläufer handelt. Wie wir hören, hat diese Formierung unter den 11 1/2 Millionen Naziwählern ungeheure Empörung ausgelöst. Sie fühlen sich nämlich alle nur als Mittläufer, oder besser gesagt alle, mit Ausnahme der Schicht der „feinen Leute“.

Aber nicht darüber wollten wir im Moment sprechen, sondern über Hitlers Rekordleistung. Einen Rekord hat er im Erlassen von Aufrufen geleistet. Ein viertel Duzend Aufrufe im Verlauf einiger weniger Stunden.

Der erste Aufruf verspricht rücksichtslosen Kampf. Nun, wie alle Versprechungen Hitlers, besteht auch diese aus zwei Teilen. Aus einem Teil, der ohne Zweifel ernst gemeint ist und das Lebensziel Hitlers darstellt, nämlich das Versprechen, den Kampf gegen die Arbeiterklasse, gegen den Bolschewismus, wie er sich ausdrückt, rücksichtslos weiter zu führen.

Was den zweiten Teil dieses Aufrufes anbetrifft, nämlich den Kampf gegen die Parteien des „Systems“ zu führen, so wird Hitler — wie nach der vorigen Wahl — dieses Versprechen solange halten, bis das Zentrum oder einige andere Parteien sich entschließen, mit ihm zu verhandeln.

Der zweite vom viertel Duzend Aufrufen erklärte, daß Adolf gesonnen ist, der SA. Ruhe zu gönnen, aber es nicht tun kann, weil ... offenbar, weil die SA. gar nicht gesonnen ist, es zu tun, sondern der Sturm gegen Hitler, der schon vor den Wahlen im Gange war, jetzt mächtig anschwillt.

Im dritten Aufruf dankt Hitler seinen tapferen Mannen ... wofür? ... Sicherlich nicht für das Erwachen derer, die seine Reihen bereits verlassen haben.

Einige Trostworte noch wollen wir Hitler jagen. Der 6. November hat bewiesen, daß seine Partei doch noch fähig ist, Rekorde zu schlagen. Diesmal wohl nicht in Stimmenfang, aber in Stimmenverlust. Und auf diesem Gebiet werden die Rekorde sicher nicht geringer sein als früher. Leo.

Der „wandernde Berg“

Ein schweizerisches Dorf bedroht

Basel, 8. November. Der „wandernde Berg“ im Kanton Glarus, der Kilchenstock, ist in der Nacht zum Montag wieder in stärkere Bewegung geraten. Die Bewohner von Lintbal und Umgebung wurden durch mächtige Felsabstürze aus dem Schlaf geschreckt. Alarm sirenen ertönten und Scheinwerfer erleuchteten die Nacht, um den Einwohnern den Weg zu weisen. Als am Vormittag die Nebel verschwanden, wurde festgestellt, daß die obere Berggruppe in nördlicher und in südlicher Richtung in einem Ausmaß von etwa 30 000 Kubikmeter abgebrochen ist. Der Hochwald ist auf weite Strecken zusammengeschlagen.

Feuerüberfall auf einen Geldtransport

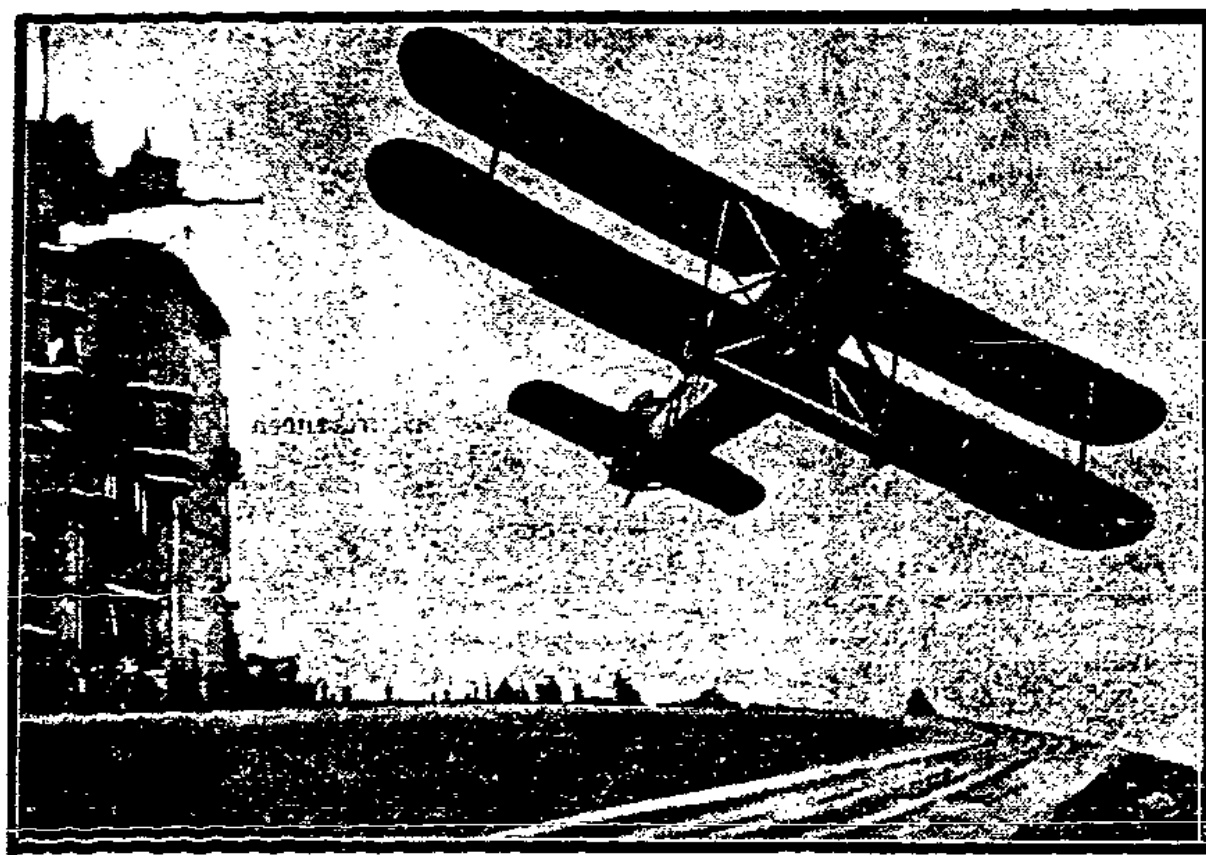
Düsseldorf, 8. November. Am Montag gegen 21.30 Uhr sollte vom Schlachthof aus ein Geldtransport in Höhe von 48 000 Mark zur Hauptpost geschafft werden. Als Begleiter des Geldtransports hatten fünf Personen in einer Kraftdroschke Platz genommen. Beim Ausfahren des Wagens fuhr ein zweiter Kraftwagen an, aus dem etwa zehn Schüsse auf die Insassen des ersten Wagens abgefeuert wurden. Vier Personen wurden durch Kopf-, Arm- und Beinwunden verletzt; auch der Kraftwagenführer erhielt einen Unterarmbruch, verlor jedoch nicht die Geistesgegenwart, sondern gab Vollgas. Nachdem er das Geld auf der in der Nähe befindlichen Polizeiwache abgeliefert hatte, begab er sich die Verletzten in ärztliche Behandlung. Ein Verletzter mußte im Krankenhaus verbleiben. Zur Tat benutzten die Räuber, die flüchten konnten, einen Personenkraftwagen, der zwischen 19 und 21 Uhr vor einem Weinhaus gestohlen worden war. Es handelt sich um eine Mercedes-Benz-Limousine.

Das Auto der Bankräuber

Erfurt, 8. November. Das Auto, das die Erfurter Bankräuber benutzten, die am letzten Montag einen Kassenboten erschossen und einen zweiten schwer verletzten, ist in Dortmund aufgefunden worden. Der Wagen zeigt einige Einschußstellen von Revolvergeschüssen, so daß anzunehmen ist, daß die Schüsse der verfolgenden Polizisten den Wagen und auch die Insassen getroffen haben. Es fehlt im Wagen der rechte Vorderfuß, der anscheinend entfernt worden ist, weil er Blutspuren zeigte.

Nazianwalt unter Betrugsanklage

Berlin, 8. November. Heute beginnt in Moabit ein großer Betrugsprozeß gegen den bereits vorbestraften Direktor Adolf Wüst und den Rechtsanwalt Dr. Walter Triebel, einen bekannten nationalsozialistischen Verteidiger, der u. a. auch in dem großen Prozeß gegen den Grafen Helldorf und Konjunkten wegen des Pogroms am Kurfürstendamm als Anwalt der SA. auftrat.



Die neueste Mordwaffe: das Torpedoflugzeug

Bei den großen amerikanischen Herbstmanövern im Pazifischen Ozean wurde zum erstenmal die neueste Kriegswaffe vorgeführt: das Torpedo-Flugzeug, das auf unserem Bilde gerade vom Deck des Flugzeugmuttereschiffes „Lexington“ startet.

Kinderprostitution vor Gericht

Der Prozeß über die Kinder-Prostitutionsaffäre im Berliner Humboldthain — Ein Bild des herrschenden Kinderelends

Berlin, 8. November. Heute beginnt vor der 12. Strafkammer beim Landgericht I der Prozeß in der Berliner Kinderprostitutions-Affäre. Der Prozeß erregt allgemein großes Interesse und es herrscht auch bei Gericht ein sehr großer Andrang.

Wir haben vor einigen Monaten über die fürchterlichen Vorgänge im Berliner Humboldthain berichtet. Man hatte dort die Entdeckung gemacht, daß Mädchen im Alter von acht bis vierzehn Jahren sich an ältere Männer und Pjennige verkauft haben. Diese Vorgänge sind Monate, vielleicht Jahre vor sich gegangen, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon gekannt hätte.

Die Entdeckung dieser Vorgänge hat ein Bild beispiellosen Kinderelends offenbart. Daß ältere Männer Kinder ausnützen, sich an Kindern vergehen, ist an und für sich schon eine Ungeheuerlichkeit. Aber das Ungeheuerliche am ganzen sind die Umstände, die Kinder dazu treiben, sich zu prostituieren. Es ist damals festgestellt worden, daß manche Kinder es getan haben, nur um ihren Hunger stillen zu können, und daß manche sich aus dem Grunde dazu verlocken ließen, weil sie sich auch einmal einen Lederbissen, ein Stückchen Schokolade oder Zuckerverk kaufen wollten.

Es handelt sich hier durchweg um Proletariatskinder. Bei den einen sind die Eltern arbeitslos und bei den anderen standen die Eltern wohl in Arbeit, verdienen aber so wenig, daß die Kinder täglich den Hunger zu spüren bekommen. Die Arbeiterkinder, den ganzen Tag hindurch im Betrieb, haben natürlich keine Zeit, kommen gar nicht dazu, um sich den Kindern zu widmen. Die Kinder sind tagsüber dem Einfluß der Straße, sich selbst überlassen.

Und die Schule? Wer wird sich da schon viel mit Proletariatskindern abgeben? Die bürgerliche Presse fällt noch immer ihre Spalten mit Berichten über verwahrloste Kinder in der Sowjetunion, obwohl die Scribenten dieser Presse genau wissen, daß die Sowjetunion keine Mühe gescheut hat, um die verwahrlosten Kinder, das Erbe des Zarismus, des Krieges und des Bürgerkrieges, in Erziehungsheimen unterzubringen, sie zu pro-

duktiven, nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu machen. Und dieses große Werk ist in der Sowjetunion auch hundertprozentig gelungen. Aus den einst verwahrlosten Kindern sind Techniker, qualifizierte Arbeiter, Schriftsteller und bekannte Filmschauspieler geworden, kurz Menschen, die am grandiosen Aufbauwerk in der Sowjetunion aktiv mitarbeiten.

Hier in Deutschland aber herrscht ein beispielloses Kinderelend, erzeugt dieses Elend solche Zustände, wie sie im Humboldthain herrschen und die heute den Gegenstand des Prozesses im Landgericht bilden. Das eine steht fest: der Humboldthain bildet keine Ausnahme, keine Einzelercheinung. In anderen Stellen in Berlin und im Reich hat man diese Zustände noch nicht aufgedeckt.

Wir werden über den Verlauf dieses Prozesses noch berichten.

Ungeheuerliche Selbstbejudigung

Wien, 8. November. Vor sechs Jahren wurde in Ledenburg der Gastwirt Josef Mayer ermordet. Als Täter wurde der Viehhändler Franz Latatos zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt. Nun erhielt die Staatsanwaltschaft in Steinamanger von einem Mann namens Alexander Horvath aus dem Burgenland einen Brief, worin dieser mitteilt, daß er selber den Mord begangen habe, und zwar auf Anstiften der Frau des Mayer, von der er Jahre hindurch ausgehalten wurde. Gleichzeitig gesteht der Briefschreiber, daß auch noch andere Morde sein Gewissen belasten.

Vor vielen Jahren habe er auf Anstiften eben jenes Mayer, den er später ermordet hat, einen Mann getötet, der im Begriff war, nach Amerika auszuwandern. Einen dritten unaufgeklärten Mord aber habe Mayer vor zehn Jahren an einem Oekonomiebeamt begangen!

Die ungarische Staatsanwaltschaft wird mit den österreichischen Behörden in Verbindung treten, um den Fall aufzuklären, vor allem, um den Briefschreiber Alexander Horvath ausfindig zu machen. Die Angehörigen des verurteilten Viehhändlers Latatos wollen um die Wiederaufnahme des Verfahrens nachsuchen.

Kommunisten - Vertreter der Werktätigen im Stadtparlament

Breslau, den 9. November 1932.

Breslau. Die vorgestern tagende Stadtverordnetenversammlung zeigte wieder so recht eindeutig allen Besuchern und der ganzen werktätigen Einwohnerschaft von Breslau, den arbeiterfeindlichen Charakter dieses Parlaments und zugleich auch, was sie von diesen Parteien in diesem Parlament zu halten haben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der kommunistische Stadtverordnete Guhr zur Geschäftsordnung, der im Auftrag der kommunistischen Fraktion einen Antrag eingebracht hatte, der wie folgt lautet:

Dringlichkeitsantrag.

Die unterzeichneten Stadtverordneten beantragen: die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sofort eine Erklärung abzugeben, daß er den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Mai 1932, Tages. Nr. 464/32, welcher befaßt:

1. Jeder weitere Lohnabbau bei den Arbeitern der städtischen Betriebe und Gehaltsabbau bei den unteren und mittleren städtischen Angestellten und Beamten hat zu unterbleiben.
2. Weitere Entlassungen von Arbeitern und unteren und mittleren Angestellten und Beamten der städtischen Betriebe dürfen nicht vorgenommen werden,

ohne irgendwelche Abänderungen durchzuführen wird.

Breslau, den 7. November 1932.

Abrechnung des Genossen Guhr

Genosse Guhr rechnete scharf mit den Vertretern der einzelnen Parteien im Stadtparlament ab. Er erklärte:

Vor der Wahl hat man den Gemeindeführern einen Ausgleich, eine sogenannte Härtezulage zugesprochen. Diese Härtezulage kann nur als Wahlbedingung für die Gemeindeführer betrachtet werden. Jetzt nach den Wahlen zeigen die einzelnen Parteien ihr wahres Gesicht wieder. Bereits am 30. Mai d. J. ist im Stadtparlament ein Antrag angenommen worden. Dieser Beschluß ist bis heute noch nicht durchgeführt worden. Er verlangt, daß dieser Beschluß unbedingt zur Durchführung gebracht wird.

Während den Ausführungen des Genossen Guhr, die den Vertretern der einzelnen bürgerlichen Parteien, sowie der SPD. auf die Nerven fielen, unterbrach ihn der deutschnationalen Stadtverordnetenvorsteher dauern, sprach von „Unzulässigkeit“ und „Ungeheuerlichkeit“ und ähnlichem Zeug. Er drohte sogar gegen den Genossen Guhr mit den schärfsten Maßnahmen einzuschreiten.

Doch Genosse Guhr ließ sich durch diese Androhungen nicht abschrecken, sondern erklärte weiter:

Die Lebenslage der Breslauer Gemeindeführer ist direkt katastrophal. Wir haben bereits Selbstmorde von Familienangehörigen der Breslauer Gemeindeführer zu verzeichnen, Selbstmorde, die beanagen werden aus der Not und der Verzweiflung heraus. Das Lohnniveau der Gemeindeführer steht auf Höhe des Jahres 1927. Die Verhältnisse sind länger untragbar und die kommunistische Fraktion verlangt die sofortige Beratung dieses Antrages in der heutigen Sitzung. Die Gemeindeführer von Breslau haben ein Interesse daran, von ihrem Arbeitgeber, von der Stadt zu erfahren, was für eine Stellung sie einnimmt.

Die Berliner Gemeindeführer stehen in einem heroischen Kampf um ihre Lebenseristenz. Will der Breslauer Magistrat die Breslauer Gemeindeführer in dieselbe Lage bringen? Die Breslauer Gemeindeführer sind zum Kampf gegen jede weitere Verschlechterung gerüstet und sie erklären, daß sie selbst unter den heute herrschenden Verhältnissen unmöglich länger existieren können.

Die Ausführungen wurden von der kommunistischen Fraktion mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Zur Geschäftsordnung sprach ferner der kommunistische Stadtverordnete Genosse Zylla, der folgenden Antrag gestellt hatte:

Kommunisten fordern Winterbeihilfe

Dringlichkeitsantrag.

Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Oktober 1932, Tages. Nr. 734/32, auf Erhöhung der Mithilfe für die Breslauer Hilfsbedürftigen, ist bisher noch nicht durchgeführt worden. Ferner soll auch die Ausgabe von Kohlen- und Lebensmittelkarten vom Magistrat bis zum 1. Dezember verschleppt werden.

Die unterzeichneten Stadtverordneten beantragen:

Die Ausgabe von Kohlen- und Lebensmittelkarten erfolgt rückwirkend ab 15. Oktober, wie in der Sitzung vom 20. 10. 32 beschlossene worden ist. Desgleichen ist auch die Erhöhung der Mithilfe ab 1. November durchzuführen.

Dieser Antrag hatte die erforderlichen Unterlagen, aber der reaktionäre Stadtverordnetenvorsteher lehnte seine Beratung ab, weil er um einige Sekunden zu spät eingereicht worden ist. Gen. Zylla frangerte das Verhalten des reaktionären Stadtverordnetenvorsteher an, der sich gar nicht vorstellen kann, unter welchen schweren Verhältnissen die Werktätigen leben müssen. Der Magistrat tritt seine eigenen Beschlüsse mit Füßen und läßt durch die Sabotierung des kommunistischen Antrages auf die Winterhilfe die Notleidenden der Stadt Breslau verkommen.

Genosse Brodde fordert, daß dieser Antrag unbedingt zur Beratung gestellt wird. Man soll sich nicht an einige Formalitäten kümmern, denn die Stadtverordnetenversammlung hat oft gesehen, daß sie auch anders kann. Genosse Brodde stellt dann die Rolle der SPD. und der Nazi, bei dem Kampf der Berliner Verkehrsarbeiter, und besonders beim Streik der Kräfte, weist zugleich darauf hin, daß die werktätigen Massen sehr wohl erkennen, wer für ihre Interessen eintritt und die Parteien haben erst vor wenigen Stunden eine deutliche Dichtung der Werktätigen bei der Wahl erhalten.

Der nächste Tagesordnungspunkt bringt die Genehmigung der Er-

richtung eines zweckmäßigen Fachwerkbauwerks bei der Schule in Klein-Wasselnig. Der Bau wird 12 000 Mark kosten. Dort sind etwa 250 Familien angehebelt worden und die vorhandenen Schulräume sind vollkommen ungenügend. — Ferner wird der Nachtrag zur Gemeindebrandversicherungsverordnung, der die Befreiung des Hausgrundbesitzes vorseht, genehmigt.

Bei den Gutachten der Ausschüsse II und V über die Mitteilung des Magistrats betr. Ermäßigung des Gemeindezuschlages zur Grundvermögenssteuer, ergibt sich eine rege Debatte. Gen. Zylla von der kommunistischen Fraktion weist darauf hin, daß die kommunistische Fraktion zu diesem Punkt einen besonderen Antrag eingebracht hat, der da lautet:

Gegen die Wucherermieten

Antrag zur Vorlage 273.

Die Unterzeichneten beantragen:

Bei Mietern, bei denen infolge Hilfsbedürftigkeit die Hauszinssteuer erlassen ist, ist auch auf Antrag die Hälfte der Grundvermögenssteuer, sowie der staatlichen und kommunalen Zuschläge zu erlassen und die andere Hälfte mit dem Ziele der Niederschlagung zu künden, sobald eine dementsprechende Ermäßigung der Miete eintreten kann.

Breslau, den 20. Oktober 1932.

Der Antrag ist aus diesem Grunde wichtig und dringend, weil durch die bisherigen Bestimmungen nur die Mieter der großen Wohnungen über 70 Mark monatlich Miete oder die Inhaber großer Geschäftsräume, so wie auch durch die leerstehenden großen Wohnungen ein Druck auf die Besitzer ausgeübt werden kann. Die große Masse der Mieter der kleinen Wohnungen, haben absolut nichts durch die bestehenden oder vom Magistrat eingebrachten Vorschläge. Genosse Zylla weist darauf hin, daß die Löhne der Arbeiter dem Lohnniveau von 1927 angepaßt sind, daß mit den Wohnungen ein ungeheurer Wucher getrieben wird, daß bei den Arbeitern allein 25 bis 35 Prozent ihres Einkommens allein auf die Miete verwendet werden muß.

Genosse Zylla weist nochmals auf die Wucherermieten hin und verlangt zumindest Überweisung des kommunistischen Antrages an die Ausschüsse. — Erklärt, daß dann sogar die Magistratsvorlage nicht behandelt werden dürfe, da sie ebenfalls keine Deckungsvorschläge bringt. Der Stadtverordnetenvorsteher zieht darauf hin auch die Magistratsvorlage zurück.

100 000 Mark für Kriegsrüstung

Alsdann stand in Antrag des Magistrats um ein Darlehen der Stadt Breslau zum weiteren Ausbau des Flughafens zur Debatte. Der Berichterstatter Dr. Bujakowski setzt sich warm dafür ein.

Von der kommunistischen Fraktion spricht Gen. Zylla. Er weist darauf hin, daß die kommunistische Fraktion wiederholt Anträge auf Arbeitsbeschaffung stellte und auch jeden Antrag, der wirkliche Arbeitsbeschaffung bei tarifmäßigen Löhnen bringt, unterstützen werden. Doch hier handelt es sich um keine Arbeitsbeschaffung, sondern dieses Darlehen der Stadt, zum weiteren Ausbau des Flughafens, ist nur eine verdeckte Kriegsrüstung, die sich in erster Linie gegen das Vaterland aller Werktätigen richtet. Der Flughafen ist keine Angelegenheit der Arbeiterklasse, sondern der Kapitalisten. Heute ist der Flugverkehr so gestillt, daß er für die breite Masse gar nicht in Frage kommt, es ist eine Angelegenheit der Kapitalisten und auch im Krieg ist es wieder eine Angelegenheit der Kapitalisten, weil sie versuchen, aus der Wirtschaftskrise durch einen neuen Krieg heraus zu kommen. Durch die Niederschlagung der Subventionen versuchen sie dessen Reichtum und das Land als Abnehmer zu bekommen. Dafür sollen heute die 100 000 Mark bewilligt werden. Dr. Schimmelpfennig meint, daß Breslau der denkbar schlechteste Platz für einen Luftkriegshafen sei, was aber allgemeines Geschick anzweifelt.

Genosse Brodde weist darauf hin, wer eigentlich heute den ganzen Flugverkehr finanziert, daß es sich keinesfalls durch den Verkehr als solchen finanziert, sondern gewaltige Subventionen erhält. Immer neue Linien werden eingerichtet, die neue gewaltige Zuschüsse erfordern. Die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter haben keine Mittel, um in der Luft herum zu gondeln. Es ist ein Spiel dabei etwas in Demagogie, um den Magistratsantrag zu unterstützen, nachdem er sich vorher für die Wichtigkeit der kommunistischen Argumente erklärt hatte.

In der Zwischenzeit waren draußen auf dem Ring hunderte von Erwerbslosen aufmarschiert, die immer wieder Rufe auf eine Winterbeihilfe ausbrachten. Sie wurden auseinandergejagt, sammelten sich aber immer wieder, um ihren Forderungen, die da oben verhandelt werden sollten, Nachdruck zu verleihen.

SPD. gegen die werktätigen Mieter

Alsdann kam die Magistratsvorlage zur Beratung über Mitteilung des Magistrats betr. Härtefonds für vorübergehend zahlungsschwache sowie zur Umsiedlung bereits Mieter usw., die von Darf begründet wurde. Darf jammerte darüber, daß das Brüning-Kabinett auseinandergegangen, daß die so „mieterfreundlichen Anträge“ der SPD., die schon seit Hermann Müller seligen Angedenkens eingebracht seien, immer noch nicht beraten und beschlossen worden seien.

Genosse Brodde zeigte die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Mieterbehandlung unter der Müller-Regierung auf, wo man die Mieten erhöhte. Das war im Jahre 1927. Wir Kommunisten wissen, daß der Mieterfreier nicht das einzige und auch nicht das letzte Mittel ist, um die Forderungen der Mieter durchzusetzen. Er weist auf Dittersbach hin, wo der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Köster mit größter Brutalität gegen die im Mieterfreier stehenden Werktätigen vorgeht. Aber wenn man denkt, daß man den im Mieterfreier stehenden Werktätigen Gas und Licht

abdrehen kann, dann wird die Arbeiterschaft auch denen, die von der Arbeit der Werktätigen leben, ebenfalls Gas und Licht abdrehen. So wird es sich zeigen, daß Mieterfreier allein noch nicht das letzte Mittel ist.

Die kommunistische Fraktion reicht deshalb folgenden Antrag ein:

Antrag.

Die unterzeichneten Stadtverordneten beantragen: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Für alle Wohnungen, wo die Festsetzung der Mieten dem Magistrat obliegt, werden die Mieten ab sofort auf den Stand vom Januar 1927 (Friedensfuß 100 Prozent) gesenkt.
2. In diesen Wohnungen werden Erwerbslose, Kurzarbeiter, Sozial- und Rentner von der Miete befreit.
3. Alle Zwangsraumungen gegen werktätige Mieter in diesen Wohnungen bzw. Gewerberäumen werden unterlassen. Mietsrückstände werden niedergeschlagen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, entsprechend der Punkte 1-3 des Antrages bei allen Vermietern (Siedlungsgesellschaft usw.), die seinem Einfluß unterliegen, dasselbe durchzusetzen.
5. Der Magistrat wird weiter beauftragt, sofort entsprechend des vorhandenen Bedarfs zur Befreiung der Wohnungsnot der werktätigen Schichten der Stadtverordnetenversammlung einen Plan für Wohnungsneubauten von 2 und 3-Zimmerwohnungen mit dem notwendigen Zubehör vorzulegen. Die Mietsfestsetzung in diesen Wohnungen darf 100 Prozent der Friedensmiete nicht übersteigen.
6. Die Hauszinssteuer ist sofort aufzuheben, die Mieten sind um den Steuerbetrag zu senken.
7. Alle leerstehenden oder nicht genügend bewohnten Großwohnungen sind zu beschlagnahmen oder nach Herrichtung im Kleinwohnungen an die wohnungssuchende werktätige Bevölkerung zuzuwenden.
8. Soweit durch Mietsermäßigungen kleine Hausbesitzer, deren Jahreseinkommen aus Arbeit oder sozialer Rente weniger als 5000 Mark beträgt, betroffen werden, wird der Mietsausfall durch die Stadt Breslau insoweit ersetzt, als dies zur Erhaltung der betreffenden Häuser notwendig ist.

Breslau, den 20. Oktober 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt, daß er nur die ersten fünf Punkte zur Beratung zulassen werde. Die SPD. bringt einen eigenen Antrag ein, wo die Reichs- und Landesregierung er sucht wird, die Mietsenkungsaktion durchzuführen, und daß 2. der Härtefonds wieder aufgefüllt wird, um dadurch den Zahlungsschwachen zu helfen. Wer die Regierung kennt und weiß, daß sie nur die Interessvertreterin der Kapitalisten und nicht der Arbeiter ist, dürfte sich über den Wert des SPD.-Antrages im klaren sein. Der Stadtbaurat erklärte, daß an eine Mietsenkung gar nicht zu denken sei, daß nicht einmal Mittel vorhanden wären, um die Miete zu halten. Das heißt also, daß eine neue Mietsenkung in Breslau vor der Tür steht. Weniger will den Beweis antreten, daß Mieterfreier zwecklos ist wegen der drohenden Ermittlung.

Genosse Brodde antwortet ihm und zeigt auf, wie auch die Breslauer Arbeiter bereits sehr gut weiß, daß die Zwangsermittlungen zu verhindern, und dabei sind sich die Mieter einig. Der SPD. D. bietet sich der Polizei als Schnüffler und Denunziant an, will im Adreßbuch nicht gefunden haben, wo kommunistische Funktionäre wohnen. Brodde zeigt auch hier die jämmerliche Rolle Darfs auf, die er als Büttel des Kapitalismus spielt.

Die kommunistischen Anträge werden abgelehnt mit Hilfe der SPD., die sich bei der Abstimmung der Stimme enthält. Die SPD.-Anträge werden angenommen, weil sie nichts kosten und der Stadt keinerlei Verpflichtungen auferlegen.

Rüftet zum außerparlamentarischen Kampf

Somit hat die gestrige Stadtverordnetenversammlung gezeigt, daß die Parteien jetzt nach der Wahl alle radikalen Gassen abstreifen und die reaktionäre Frage wieder in vollem Umfang gegen die werktätigen Schichten zeigen können. Die Werktätigen sollen sich immer daran erinnern, daß nie im Parlament ihre Interessen vertreten werden können, daß sie außerparlamentarisch sich zur Gegenwehr rüften und organisieren müssen, damit sie in der Lage sind, durch den unerbittlichen Kampf ihre Forderungen zu erfüllen.

Achtung! DMV. Mitglieder!

Alle Genossen und Sympathisierenden die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, besuchen die am Donnerstag, dem 10. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, stattfindende Metallarbeiterversammlung.

Genossen! Es gilt die Beschlüsse der 3. Reichsparteiarbeiterkonferenz praktisch durchzuführen. Unsere Schwäche im Breslauer DMV. müssen wir durch gesteigerte Aktivität wettmachen.

Ferner machen wir aufmerksam, auf die am Freitag, dem 11. November, Zimmer 10, des GW. stattfindende Branchenversammlung der Maschinenarbeiter. DMV. Opposition.

MSC. Favorit. Unsere Sitzungen finden von nun an den 9. d. M. jeden Mittwoch, Dörfnerstraße 8 statt. Diesen Mittwoch außerordentliche Vollversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöhlich in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callm, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Wandeleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuddaschen

Liegnitz

Billige Fisch-Woche
8 Fett-Büchlinge . . . 25 Pfg.
Fotischotta 10 Stück 30 Pfg.
„Martina“ Liegnitz

Der film der 1. moskauer weltspartakiade

dazu der spannende tonfilm „mann über bord“ sind im rahmen einer werbeveranstaltung des asv. „fanal-ost“ am donnerstag, dem 10. november, in den „ost-lichtspielen“, tauentzenstr. 177, zu sehen. drei vorstellungen: um 15 uhr einheitspreis 25 pfennig; um 18 uhr und 21 uhr erwerbslose 30 pfennig, vollarbeiter 50 pfennig. — unterstützt den sportplatzbau des asv. „fanal-ost“, indem ihr die veranstaltung besucht.

Unser Wahlsieg im Spiegel der Auslandspress

Fast die gesamte bürgerliche Presse des Auslandes hebt in ihren Betrachtungen zum Wahlergebnis den Sieg der Kommunisten mit größter Begeisterung hervor.

Die französische Zeitung „Excelsior“ erklärt das Anwachsen der Kommunisten als eine große Gefahr für den Versailler Vertrag und für die Papen-Regierung in Deutschland.

„Echo de Paris“ erklärt, der Sieg der Kommunisten zeige, daß in Deutschland augenblicklich nur eine Regierung möglich sei, welche sich auf die Spitzen der Bajonette der Reichswehr und auf die Gummiknüppel der Polizei stützen könne.

Die englische Presse stellt eine Niederlage der Papen-Regierung fest und behauptet, die Hoffnungen der deutschen Monarchisten hätten einen vernichtenden Schlag erlitten. Sämtliche Blätter ohne Ausnahme heben besonders stark das Anwachsen der kommunistischen Stimmen hervor, das sie als eine Folge der Politik der Papen-Regierung bezeichnen. Die „Times“ erklären, es dürfte wahrscheinlich sein, daß die Mitarbeit der Nationalsozialisten für die Regierung gesichert werde, und dann dürfte Straßer in erster Linie für einen Posten in der Regierung in Frage kommen.

Die amerikanische Presse spricht von einer vernichtenden Niederlage der Nationalsozialisten, die ein Erfolg der Kommunisten seien. Die Washingtoner Presse stellt im übrigen darüber Betrachtungen an, ob die Regierung noch einmal den Reichstag auflösen und Neuwahlen ausgeschrieben wird, oder erst die angelegentlichsten Verfassungsänderungen vorgenommen werden sollen.

Die Wiener „Sonntag- und Montagszeitung“ meint, die große Hitler-Dämmerung in Deutschland sei eingetreten, die wahren Gewinner des Wahlsonntags seien die Kommunisten. Auch die polnische Zeitung „Kurier Warszawski“ nennt die Kommunisten die „moralischen Sieger der gestrigen Wahlkämpfe“.

Kommunistische Kleinfestung in New York

Vor den amerikanischen Präsidentenwahlen

New York, 7. November. Den Madison Square Garden füllten gestern 22 000 Arbeiter. 20 000 fanden keinen Platz mehr. Das ist das größte kommunistische Meeting gewesen, das je in New York zustande gekommen war. Auch die Massenversammlung, die Roosevelt am 5. November abhielt, war nicht so besucht.

Durch Krankheit verhindert, konnte Genosse Foster, der Kandidat der kommunistischen Partei zu den Präsidentenwahlen, die Versammlung nur telefonisch begrüßen.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die die Freilassung der Häftlinge von Scottsboro forderte. Die Versammlung forderte Unterstützung für die Erwerbslosen, Verteidigung der Sowjetunion gegen imperialistische Kriegsgelüste, Kampf gegen den Faschismus.

Der künstlerische Teil des Meetings war dem Jahrestag der Oktoberrevolution gewidmet. Unter anderem sang ein Massenchor von 500 Arbeitern. Die Versammlung nahm einen begeisterten Gruß an das deutsche Proletariat anlässlich der Reichstagswahlen an.

Wie in Deutschland!

Verbot aller Oktoberfeiern in Japan

Tokio, 8. November. Das japanische Innenministerium hat alle Kundgebungen anlässlich des 15. Jahrestages der Oktoberrevolution verboten. Die Polizei ist angewiesen worden, unter Anwendung von Waffengewalt alle Kundgebungen zu verhindern.

„Nein, nein und nochmals nein!“

Herriot auf dem radikalen Parteitag: Deutsche Rüstungsgleichheit nur im Rahmen eines „Regime gemeinsamer Sicherheit“

Paris, 7. November. Herriot hielt am Sonnabend auf dem radikalen Parteitag eine große außenpolitische Rede, die sich u. a. auch mit dem deutschen Vorschlag in der Rüstungsfrage beschäftigte. Nachdem Herriot an die Adresse Itallens ausgesprochene Schmeicheleien und Einladungen zur „gemeinsamen Arbeit“ richtete, wandte er sich der Frage der deutschen Rüstungsfordernungen zu und erklärte u. a.: Der Pakt von Locarno garantiert nicht die Obergrenzen. Diese Pötte müsse ausgefüllt werden. Er habe Verhandlungen mit Deutschland abgelehnt, weil er nur die „Politik des Völkerverbundes“ machen wolle. Gleichberechtigung könne es nur geben im Rahmen eines „Regime gemeinsamer Sicherheit“. Wenn aber diese Formel die Absicht einer Aufrüstung in sich birgt, um die Angriffsmacht zu steigern, dann: „Nein, nein und nochmals nein!“

Diese Rede Herriots zeigt nochmals die ganze Schärfe der deutsch-französischen Gegensätze. Während von hüben und drüben der Grenze die Imperialisten Liebeserklärungen zueinander abgeben und der gemeinsame Kampf gegen den Volksweltismus als das oberste Ziel des deutschen und französischen Imperialismus bezeichnet wird, läßt die französische Regierung darüber keinen

Zweifel, daß sie an der französischen Vormachtstellung nicht rütteln lassen will, denn nichts anderes bedeutet es, wenn Herriot davon spricht, daß nur im Rahmen eines „Regime gemeinsamer Sicherheit“ Deutschland eine Gleichberechtigung zuerkannt werden könne.

In diesem Zusammenhang ist sehr interessant die Neuherung des „Paris Midi“, die Papen-Regierung werde ihren Kampf für die deutsche Aufrüstung mit der Begründung fortsetzen, daß Deutschland „einen Schutz gegen Moskau“ brauche.

Schwere Kämpfe südlich Chabin

Mudan, 8. November. Südlich von Chabin bei Schuangtschenpu sind schwere Kämpfe zwischen japanischen Truppen und chinesischen Freischärlern im Gange. Die Zahl der Freischärler wird auf 3000 geschätzt. Von Chabin sind sofort Artillerieverstärkungen abgerollt. Die Stadt Schuangtschenpu wurde von den Chinesen gestürmt. Hundert Häuser sind vollständig niedergebrannt worden.

Trotz Verbot!

Deutsche Arbeiterdelegierte in der Sowjetunion

Moskau, 7. November. Trotz des Ausreiseverbots der Papen-Regierung für die Arbeiterdelegierten nach der Sowjetunion ist es den deutschen Arbeitern Katschinski und Gombis gelungen, in die Sowjetunion zu gelangen und an den Feiern zum 15. Jahrestag der Oktoberrevolution teilzunehmen. Sie sind Ehrengäste der Roten Armee.

Stalin an das Leningrader Proletariat

Moskau, 7. November. Angesichts des fünfzehnten Jahrestages der Oktoberrevolution sandte Genosse Stalin an das Leningrader Proletariat folgendes Begrüßungstelegramm:

„Dem bolschewistischen Leningrad, der Wiege der Sowjetmacht, zum fünfzehnten Jahrestag der Geburt der Macht der Sowjets einen flammanden Gruß! Es lebe die Arbeiterschaft Leningrads, die als erste das Banner des Oktoberaufstandes gegen den Kapitalismus erhob, die Macht der Kapitalisten zerschlug und die Macht der Arbeiter und Bauern — die Diktatur des Proletariats errichtete! Vorwärts zu neuen Siegen, Leningrader Genossen!“

J. Stalin.“



Genosse Stalin inmitten der Führer der Partei und der Sowjets bei der Parade auf dem Roten Platz

„Flugzeuge, Tanks, schwere Artillerie“

Ein Artikel Schleichers in der englischen Presse

London, 8. November. Im „Daily Express“ veröffentlicht Reichswehrminister von Schleicher einen Artikel über die deutschen Rüstungsforderungen. Er erklärt darin, der „Wehrgebanke“ habe weder mit Militarismus noch mit irgendwelchen Angriffsplänen etwas zu tun. Nach Schleicher sei der „Wehrgebanke“ die „beste Sicherung für den Frieden“. Im übrigen verrät Schleicher nochmals zwischen den Zeilen, was Deutschland mit seiner Gleichberechtigungsforderung bezweckt, indem er schreibt:

„Wie kann eine Wehrmacht ohne Flugzeuge, Tanks, schwere Artillerie, streitbare Mannschaften und Rüstungsindustrie die Landesgrenzen verteidigen? Wie kann sich ein Volk sicher fühlen, wenn Deutschlands unbesetzte und entmilitarisierte Grenzen von modernen, mit Waffen startenden Festungen der Feinde beherrscht sind und Deutschland der Luftverteidigung beraubt ist?“

Schließlich verlangt der Reichswehrminister von Schleicher eine „Erziehung der Jugend im Geist der Vaterlandsliebe und körperlicher Ertüchtigung durch den Staat“.

Entlarvter Antifaschismus

(Telegramm unseres Moskauer Berichterstatters.)

Moskau, 5. November. Unser Moskauer Berichterstatter telegraphiert: Die deutsche Kapitalspresse meldet, die Sowjetregierung habe ein Dekret erlassen, daß im zweiten Fünfjahresplan alle Geistlichen verbannt und alle Kirchen geschlossen werden. Ich bin ermächtigt zur Erklärung, daß ein solcher Plan niemals bestand. Die Sowjetregierung erließ nur zwei Dekrete am 23. Januar und 8. April 1929. Andere Dekrete zu dieser Frage existieren nicht. Diese Dekrete umreißen die Politik der Sowjetregierung in Religionsfragen. Die Dekrete sagen darüber: Allen Bürgern wird Konfessionsfreiheit und Freiheit der antireligiösen Propaganda zuerkannt. Hieraus geht hervor, daß die Meldungen der deutschen Presse plumper Schwindel sind.

4. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoren, Band 4)

33. Fortsetzung

Propagandafahrten in die Dörfer

Wunder schön ist die Gegend des Quellengebiets der Wolga. Davon überzeugte ich mich immer wieder, wenn ich jeden Sonnabend nach dem Mittagessen mich in eines der Dörfer der Umgebung Iwotze begab. Es war Ende Januar. Wir, mein Freund, ein Weber, und ich fuhren jeden Sonnabend um ein Uhr von Mosolows Jarbit ab. Wir wurden vom Vater meines Freundes, der mit einem Schlitten kam, abgeholt. Die Wolga, auf deren Eis Schlitten fuhren, schlängelt sich durch dichte Nadelwälder und die hier eröffnen den Augen ein schönes Bild nach dem anderen. Doch die Wintertage erlösen früh. Die Sonne vergoldet nicht, wie es in Sommerwäldern zu sein pflegt, die gelblich-roten Stämme der Nichten. Sie blinzelt einen Augenblick lang über den Wäldern und verschwindet dann reich hinter ihnen. Auch die Dämmerung erlöset. Der rötliche Streifen auf der Westseite des Himmels verbläut. Finstere Nacht umgibt uns ebenso dicht, wie der Wald, in den wir gerade hineinfahren. Sterne glitzern, wie große Edelsteine, durch die Äste der Nichten und Tannen. Stille rings umher. In der frostigen Luft hört man nur das Knirschen der Schlittenschuhen, das Wiehern der Pferde. Ab und zu fällt ein Tannenzapfen auf den Weg, oder ein Eichhörnchen hüpfert erschreckt von einem Ast auf den anderen.

Das Schweben des Waldes, der uns wie ein mächtiges Heer umgab, das nächtliche Dunkel, der Sternenhimmel — all das ließ einen in Gedanken versinken. Der alte Vater meines Freundes lenkte schweigend den Schlitten. „Wie rasch ist doch meine Jugend vergangen“, sagte er plötzlich, laut denkend. „Es kommt mir vor, als wäre es gar nicht lange her, daß ich hier, im Wald als kleiner

Junge herumließ. Jetzt ist mein Bart schon grau. Das Leben vergeht rasch!“ Mein Freund war in Gedanken versunken und auch ich schwieg.

„Wir kommen bald ins Dorf“, sagte mein Freund, mich aus meinen Gedanken wachend.

Wirklich, hinter einer Biegung der Straße glänzten plötzlich Lichter auf. Wir kamen auf eine weite Wiese, auf der das kleine Dorf sich ausbreitete. Die Straße führte durch zwei Reihen großrüssiger Holzhütten. Vor einer der Hütten war im Licht, das aus dem Fenster fiel, eine Gruppe junger Burschen und Mädchen zu sehen. Einer der Burschen spielte die „Kamarinstaja“ (russischer Volkstanz) auf einer Harmonika, ein anderer sang zu dieser Melodie ein von den Weibern verfaßtes Lied.

„Das sind unsere Mosolowarbeiter“, sagte mein Freund, „wir haben uns verspätet, die sind rascher als wir hergekommen.“

Ich horchte den Worten des Liedes zu:

Sammeln wir uns, liebe Burschen, Mädchen schnell!

Singen wir das Lied der Arbeit laut und hell!

Lang genug blies uns den Dudelsack der Jar

Und wir tanzten, wie es uns befohlen war.

Auch der Gutsherr sprach und der Kulak:

„Bauernkummel, tanz nach unserem Dudelsack!“

Schlug uns nicht die Obrigkeit auch auf den Kopf:

„Tanze, wie es mir gefällt, du dumme Tropf!“

Und wir hopten toll zu ihrer Pfeife Spiel,

Bis der letzte Groschen aus der Tasche fiel.

Und die Obrigkeit und das Kulakenpad

Stedten sich die Bauerngroßen in den Sad.

Auch der Pope bot uns seine Psalmen feil,

Tat's nicht gratis, hatte immer seinen Teil.

Ach, du Schurke, mit dem langen, fetten Haar,

Traßest dich dich, daß es schon 'ne Schande war.

Brüder, hört mich: wir, nur wir sind selber schuld.

Alzulange hatten wir die Lammsgeduld.

Rehmt die Pfeife, sorgt, daß es nun bald geschieht,

Daß die Bande tanzen lernt nach unserm Lied.

Das alles war so ungewohnt, daß nicht nur ich allein aufmerksam zuhörte. Mein Freund, der Weber und sein Vater lauschten ebenfalls gespannt. Das Pferd hielt, erfreut über die Rast.

„Se-he!“ schrie der Alte das Pferd an und zog die Zügel straff. Er wollte rascher nach Hause kommen. Wir hatten uns sehr verspätet und waren durch und durch erfroren. Gegen Abend wurde der Frost immer stärker.

„Wartet doch, beeilt euch nicht so“, sagte einer der Burschen, „hört doch zu.“ Er hielt das Pferd zurück und begann ganz unerwartet ein Nekrasow-Gedicht vorzutragen:

Geh auf die Wolga. Was Seufzer erklingen

Ueber dem mächtigen Fluß so grau?

Es sind keine Seufzer; sind Lieber: es fingen

Die Schlepper, die ziehen müssen das Tau.

Wolga, wenn frühlings die Dämme reifen,

Ueberschwemmst du die Felder nicht so weit, nicht so reich,

Wie die Tränen des Volkes, die bitter, die heißen.

Ueberfluten das ganze russische Reich.

Beim Lampenlicht, das aus dem Fenster leuchtete, vor dem die Gruppe stand, sah man deutlich, wie das Gesicht und die Augen des jungen Burschen vor Begeisterung strahlten, als er diese herrlichen Worte Nekrasows in ausdrucksvoller Weise vortrug. Dieselbe Begeisterung, dieselbe Liebe zum geknechteten Volk spiegelte sich auch auf dem Gesicht des Mädchens wider, das neben dem Burschen stand und sich an seine Schulter lehnte.

Diese Gefühle übertrugen sich auch auf mich. Tränen kamen mir in die Augen. Noch verhaßter und fürchterlicher erschien mir das Joch, die Tyrannei, gegen die wir kämpften.

Raum hatte der Bursche das Gedicht beendet, als die Masse auseinanderging. „Se-he!“ schrie der Vater meines Freundes wieder das Pferd an und zog wieder an den Zügeln. Alles das geschah so unerwartet, daß es mir wie ein Traum erschien. Ich kam nicht sogleich zu mir.

„Was ist das?“ fragte ich meinen Freund.

(Fortsetzung folgt)